

MONATSBERICHTE DES WIENER INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

16. Jahrgang, Nr. 10/11/12

Ausgegeben am 30. November 1943

Inhaltsverzeichnis:

Die Preisentwicklung in Rumänien während des Krieges	129
Die Preise bei Ausbruch des Krieges	129
Preissteigerung seit Kriegsbeginn	129
Agrarpreise und Industriepreise	131
Einzelhandelspreise und Lebenshaltungskosten	131
Ein- und Ausfuhrpreise	132
Eisenbahngütertarife	137
Löhne und Gehälter	138
Gründe der Preissteigerung	139
Ernteergebnisse und industrielle Produktion im Kriege	139

Einfluß des Einfuhrrückganges auf die Versorgungslage	140
Zunahme der Geldmenge und des Kreditvolumens	141
Staatliche Maßnahmen zur Beeinflussung der Preisentwicklung	143
Preispolitik	143
Produktionslenkung, Bewirtschaftung und Verteilung der Waren	145
Finanzpolitik und Kaufkraftabschöpfung	146

Tabellenanhang:

Wirtschaftszahlen der Südostländer	148
--	-----

Die Preisentwicklung in Rumänien während des Krieges

Die Preise bei Ausbruch des Krieges

Rumänien trat in den Krieg mit einem für die Verhältnisse des Landes keineswegs überhöhten Preisniveau ein. Zwar waren die Preise seit 1934, d. h. seit dem Tiefpunkt der Krise, dauernd gestiegen. Der Preiseinbruch der Jahre 1929 bis 1934, der die Preise auf ungefähr die Hälfte herabgedrückt hatte, war aber immer noch nicht ganz überwunden. Bis zum Herbst 1939 hatte sich die Indexziffer der Großhandelspreise auf der Basis 1929 = 100 erst wieder bis auf 84 erhöht (vgl. Schaubild. S. 130). Auch im Vergleich zu den europäischen Industrieländern und besonders im Vergleich zu Deutschland waren die Preise in Rumänien (wie in den übrigen Südostländern) bei Kriegsausbruch verhältnismäßig niedrig. Ja, innerhalb des Südostens gehörte Rumänien damals zu den billigsten Ländern.

Preissteigerung seit Kriegsbeginn

Unmittelbar nach Beginn des europäischen Krieges begannen die Preise in Rumänien rapid zu steigen (vgl. Übersicht 1). Bis Oktober 1943 ist diese Aufwärtsbewegung nicht zum Stillstand gekommen. Erst seit Juni laufenden Jahres hat das Tempo des Preisanstiegs — zum überwiegenden Teil unter dem Einfluß der guten Ernte — nachgelassen; die Preise einiger Agrarerzeugnisse sind sogar etwas gesunken. Wenn die Kurven der Preisindizes im Verlauf der letzten vier Jahre ihren Aufstieg ge-

legentlich verlangsamt haben, so erklärt sich dies nur daraus, daß die Indizes überwiegend an Hand der amtlich festgesetzten Preise berechnet werden, die oft erst nach einiger Zeit wieder den tatsächlich gezahlten Preisen angepaßt werden.

Eine zusammenfassende amtliche Indexziffer der Großhandelspreise ist für Rumänien nur bis zum

Großhandelspreise und Lebenshaltungskosten in Rumänien
(August 1939 = 100) [Übersicht 1]

Jahr und Monat	Großhandelspreise ¹⁾			Lebenshaltungskosten ²⁾	Kleinhandelspreise ²⁾
	Ins-gesamt	Land-wirtschaft	In-dustrie		
1939 August	100'0	100'0	100'0	100'0	100'0
September	105'8	104'4	105'3	105'8	103'5
Oktober	109'5	104'0	112'9	110'8	108'5
November	117'7	112'0	120'4	116'8	113'7
Dezember	124'2	110'7	132'7	120'6	117'4
1940 Januar	130'0	115'4	140'2	122'3	119'1
Februar	135'8	118'4	148'8	127'9	122'7
März	142'6	123'7	157'2	129'4	124'5
April	150'8	137'9	161'1	135'2	131'2
Mai	156'4	148'9	162'1	139'6	137'3
Juni	156'8	149'0	161'6	144'9	141'1
Juli	158'3	153'0	161'7	147'8	145'6
August	161'3	155'1	162'7	155'6	152'7
September	167'3	157'9	171'0	161'4	158'6
Oktober	174'5	170'3	174'3	172'5	175'1
November	186'0	191'0	182'1	168'0	172'7
Dezember	190'5	194'1	183'2	172'3	177'5
1941 Januar	195'5	207'1	183'1	179'8	188'3
Februar	206'8	214'0	196'2	181'6	189'8
März	220'7	234'4	204'0	195'1	203'4
April	227'6	249'4	204'3	209'1	222'7
Mai	236'5	266'7	206'2	217'0	229'0
Juni	244'6	271'9	213'7	225'8	242'1
Juli	·	·	·	227'0	240'7
August	·	·	·	239'7	256'6

¹⁾ Rumänische Gesellschaft für Konjunkturforschung. — ²⁾ Zentralinstitut für Statistik.

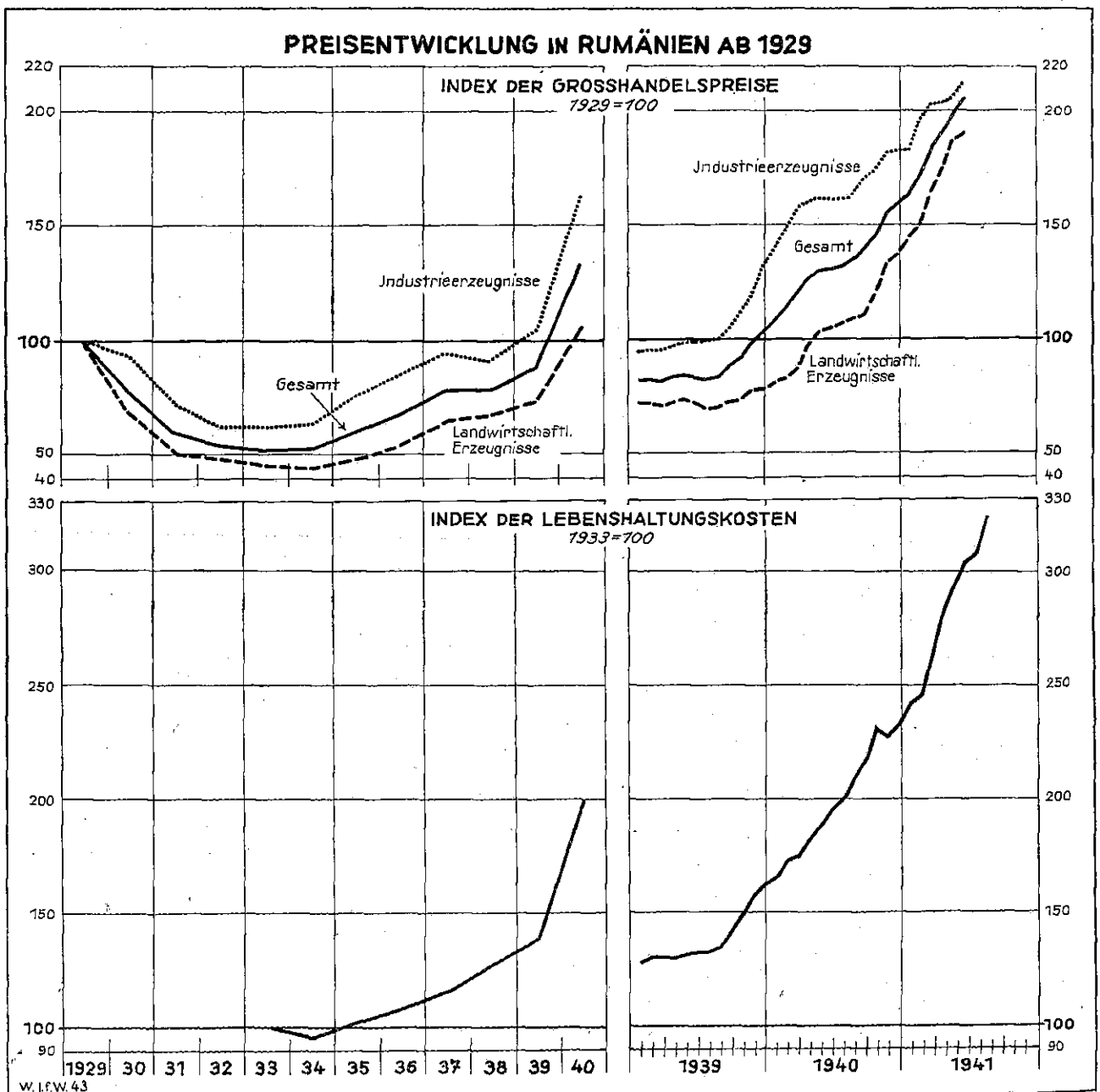
Juni 1941 berechnet worden. Sie war von August 1939 bis zu diesem Zeitpunkt um 145 v. H. gestiegen. Viele Anzeichen lassen darauf schließen, daß sich die Preise seither im großen Durchschnitt auf das 4½fache ihres Standes vor Ausbruch des Krieges erhöht haben.

Für einzelne Produkte liegen auch Unterlagen über die Entwicklung der Großhandelspreise seit Juni 1941 vor (vgl. Übersicht II und Schaubild, S. 134). Auch diese Zahlen bestätigen, daß sich das Tempo des Preisanstiegs seit Mitte 1941 keineswegs verlangsamt hat.

Kaum weniger stark als die Großhandelspreise haben sich seit Kriegsbeginn die Einzelhandelspreise

und das Gesamtniveau der Lebenshaltungskosten erhöht. Die Preissteigerung hat also — mit Unterschieden im einzelnen — alle Gebiete der Wirtschaft erfaßt. Wegen der ungünstigen Wirkungen, die von einer so starken Preissteigerung und der damit verbundenen Senkung des Geldwertes auf die Produktionskraft des Landes ausgehen, und wegen der sozialen Spannungen, die sich dabei einstellen, ist die Bekämpfung der Preiserhöhung zum zentralen Problem der rumänischen Wirtschaftspolitik geworden.

Von besonderer Bedeutung ist gerade für ein Land wie Rumänien das Verhältnis der Agrarpreise zu den Industriepreisen.



Agrarpreise und Industriepreise

Das Preisverhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft hatte sich in den Jahren nach 1929 in Rumänien wie in allen Südostländern stark zuungunsten der Landwirtschaft verschoben. Obwohl seit 1934 die Agrarpreise gestiegen waren, war die Preisrelation auch bei Kriegsausbruch im Jahre 1939 für die Landwirtschaft recht ungünstig.

Die Getreidepreise gingen 1939 infolge der günstigen Ernte noch zurück; nach Kriegsausbruch begannen sie aber sofort zu steigen, allerdings bedeutend weniger als die Preise der Industriewaren. Rumänien verfügte im Herbst 1939 über große Getreidevorräte. Die Ausfuhrmöglichkeiten waren noch nicht so günstig wie in den folgenden drei Kriegsjahren, in denen die Ernten wesentlich geringer ausfielen. Dagegen machte sich sofort eine Verknappung der Industriegüter und deren Rohstoffe bemerkbar. Sie ergab sich zum Teil aus der damaligen Neuregelung des Außenhandels, die erst gegen Ende 1939 zu funktionieren begann. Zudem fiel die Rohstoffeinfuhr aus Übersee zum großen Teil aus. Die Umstellung des überwiegenden Teiles des Devisenanfalls auf Freidevisenkurse, die hoch über dem amtlichen Kurs lagen (Herbst 1939), die Heraufsetzung der Devisenprämien und Erhöhung des Reichsmarkkurses um etwa 20 v. H. (März 1940) verteuerten außerdem den Import und damit vornehmlich die Industriewaren. Im weiteren Verlauf des Krieges stiegen die Agrarpreise zwar stärker als die Industriepreise. Trotzdem hatte sich bis Juni 1941 die landwirtschaftlich-industrielle Preisschere auf der Basis von 1929 noch nicht geschlossen. Auch die Entwicklung seither deutet nicht darauf hin, daß sich in dieser Beziehung grundsätzlich etwas geändert haben dürfte. Wenn jetzt durch die günstige Ernte die Getreidepreise sinken, wird sich das Preisverhältnis noch mehr zuungunsten der Landwirtschaft und speziell zuungunsten der Getreidewirtschaft verschieben.

Im einzelnen sind bis Mitte 1941 im industriellen Sektor die Preise für Textilien (infolge des Rohstoffmangels) und die Preise für Baumaterialien (Schäden durch das Erdbeben) besonders stark, weniger stark dagegen die Inlandspreise für Erdölprodukte gestiegen. Im agrarischen Sektor sind die Getreidepreise hinter den Preisen der anderen landwirtschaftlichen Produkte im allgemeinen Preisanstieg zurückgeblieben. Die preispolitische Bevorzugung der arbeitsintensiven landwirtschaftlichen Kulturen ist charakteristisch für den ganzen Südosten. Auf die Problematik dieser Preispolitik, die die Gefahr einer Rückbildung des Getreideanbaues in sich schließt, ist verschiedentlich hingewiesen worden¹⁾.

Einzelhandelspreise und Lebenshaltungskosten

Die Einzelhandelspreise und damit auch die Lebenshaltungskosten waren in Rumänien in den ersten Kriegsjahren etwas langsamer gestiegen als die Großhandelspreise. Neuerdings dürfte aber zwischen der Steigerung der Großhandelspreise und der der Einzelhandelspreise kaum noch ein Unterschied bestehen.

Das rumänische staatliche *Zentralinstitut für Statistik* hat bis August 1941 einen Einzelhandelspreis- und einen Lebenshaltungskostenindex veröffentlicht. Nach diesen Indizes haben sich von August 1939 bis August 1941 die Einzelhandelspreise um 157 v. H., die Lebenshaltungskosten um 140 v. H. erhöht. Der Lebenshaltungskostenindex der Wirtschaftszeitung *Argus* wird bis zur Gegenwart berechnet. Nach diesem Index sind die Lebenshaltungskosten von August 1939 bis August 1941 um 103 v. H. und seit Kriegsausbruch bis Oktober 1943 um 369 v. H. gestiegen.

¹⁾ Vgl. *Varga, Stefan*, Gefahrenmomente in der Agrarpreisentwicklung der Südostländer, in: *Südost Economist*, 5. Jg. (1943), Nr. 7, S. 99 f.

Inlandspreise für Getreide und Erdölprodukte in Rumänien

[Übersicht II]

Halbjahrsdurchschnitte	Getreide						Erdölprodukte											
	Weizen		Gerste		Mais		Erdöl		Leichtbenzin		Schwerbenzin		Petroleum		Gasöl		Mazut	
	Lei je dz	v. H.	Lei je dz	v. H.	Lei je dz	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.
1939 1. Halbjahr	416	100'0	356	100'0	374	100'0	1'24	100'0	10'78	100'0	3'51	100'0	2'50	100'0	3'37	100'0	1'30	100'0
2. " "	427	102'6	340	95'5	382	102'1	2'08	167'7	11'56	107'2	4'68	133'3	2'60	104'0	3'68	109'2	1'59	122'3
1940 1. Halbjahr	560	134'6	428	120'2	438	117'1	2'55	205'6	12'33	114'4	4'95	141'0	2'76	110'4	4'13	122'6	1'68	129'2
2. " "	767	184'4	467	131'2	567	151'6	1'49	120'2	15'33	142'2	5'32	151'6	2'37	102'8	4'58	135'9	1'68	129'2
1941 1. Halbjahr	962	231'3	566	159'0	620	165'8	1'34	108'1	16'70	154'9	5'45	155'3	2'34	101'6	4'55	135'0	1'63	125'4
2. " "	1120	269'2	765	214'9	750	200'5	1'80	145'2	18'33	170'0	5'93	168'9	2'65	106'0	4'87	144'5	1'71	131'5
1942 1. Halbjahr	1300	312'5	900	252'8	925	247'3	2'29	184'7	18'85	174'9	6'00	170'9	2'75	110'0	5'21	154'6	1'76	135'4
2. " "	2200 ¹⁾	528'8	1400 ¹⁾	393'3	2025 ¹⁾	541'4	3'28	264'5	21'47	199'2	7'10	202'3	3'98	159'2	6'26	185'8	2'11	162'3
1943 1. Halbjahr							3'28	264'5	32'62	302'6	11'18	318'5	8'02	320'8	9'51	282'2	3'17	243'8

¹⁾ Ø aus den Werten für Juli und August

Alle diese Indizes gehen zwar nur von den Preisen für Bukarest aus; da sie sich aber an die amtlich festgesetzten Preise halten, geben sie wohl annähernd die Preisentwicklung in allen rumänischen Städten wieder.

Über die Methoden, nach denen der Index des *Argus* berechnet wird, liegen leider keine Unterlagen vor. Wahrscheinlich handelt es sich um ein ungewogenes Mittel, in dem die Preise der zum täglichen Leben notwendigen Güter einschließlich der Mieten zusammengefaßt sind. Der *Argus* hält sich streng an die amtlichen Preise, er läßt hochqualifizierte Waren mit scharfem Preisanstieg außer Betracht. Die Angaben des *Argus* über die allgemeine Verteuerung der Lebenshaltung sind daher als ein Minimum anzusehen. Einige Waren lassen sich überhaupt nur zu Schleichhandelspreisen beschaffen, die in keinem Index berücksichtigt werden.

Der Index des *Argus* ist seit September 1939 ununterbrochen gestiegen (vgl. Übersicht III und Schaubild, S. 133). Besonders stark war der Preisanstieg im Jahre 1941. Der Index des *Argus* erhöhte

Steigerung der Lebenshaltungskosten in Rumänien seit August 1939

(Nach den Berechnungen des *Argus*)
August 1939 = 100 [Übersicht III]

Jahr, Monat	Insgesamt	Davon						Beheizung, Beleuchtung, Reinigung
		Zucker, Speiseöl, Salz	Reis, Kaffee, Tee, Oliven	Sonstige Nahrungsmittel ¹⁾	Alkoholische Getränke	Textilien, Schuhe ²⁾	Miete	
1939 VIII.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1940 I.	116,1							
VI.	136,4							
1941 I.	153,1	122,6	155,3	156,3	131,8	146,0	121,8	194,8
VI.	190,0	131,1	254,6	183,5	172,1	169,0	141,1	223,5
1942 I.	289,2	150,3	357,8	233,4	360,2	269,2	173,4	220,8
VI.	305,5	177,1	357,8	278,1	453,8	286,3	215,0	225,4
1943 I.	387,3	308,2	459,8	360,0	388,7	425,4	283,7	409,7
II.	387,3	308,2	459,8	360,0	388,7	425,4	283,7	409,7
III.	387,3	308,2	459,8	360,0	388,7	425,4	283,7	409,7
IV.	420,1	308,2	459,8	390,0	388,7	435,5	312,1	409,7
V.	427,8	308,2	459,8	399,8	388,7	435,5	312,1	432,7
VI.	425,5	308,2	459,8	390,1	388,7	435,5	312,1	432,7
VII.	434,0	308,2	459,8	425,2	388,7	435,5	312,1	432,7
VIII.	451,0	308,2	459,8	425,2	388,7	487,1	312,1	432,7
IX.	454,8	353,9	469,6	429,7	388,7	487,1	312,1	432,7
X.	469,0	386,6	469,6	460,9	388,7	498,7	312,1	432,7

¹⁾ Bohnen, Fleisch, Mehl und Teigwaren, Maismehl, Brot, Kartoffeln, Milch, Butter, Schmalz, Käse, Fische. — ²⁾ Kleider, Hemden, Schuhe, Strümpfe, Hüte, Hutstumpen, Zwirn.

sich von Januar 1941 bis Januar 1942 um 89 v. H. Das rumänische Wirtschaftsministerium versuchte daher Ende 1941, die amtlichen Preise der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage anzupassen. In der Tat ist der Index von Februar 1942 bis zur Mitte des Jahres 1942 weniger stark gestiegen. Im Herbst 1942 setzte jedoch eine neue Welle der Preissteigerung ein, die bis zum Mai 1943 anhält.

Von allen Einzelhandelspreisen sind die für Textilien und Schuhe am stärksten gestiegen, die besonders in der Zeit vom Dezember 1942 bis zum April 1943 und neuerdings im August und Oktober 1943 bedeutend heraufgesetzt wurden. Dabei erfaßt der Index des *Argus* nur die Preise für Standard-

schuhe und Standardstoffe, die sich infolge der staatlichen Preisregulierungen viel weniger verteuert haben als Qualitäts- und Luxuswaren. Die staatlich nichtregulierten Preise für Qualitäts- und Luxuswaren liegen so hoch, daß die Lagerbestände trotz rückläufiger Produktion und trotz des Kaufkraftüberschusses der Bevölkerung anwachsen.

An zweiter Stelle folgen die Preise für Kolonialwaren, die seit der Ausdehnung des Kriegsgebiets auf das Mittelmeer und Südosteuropa wegen Einfuhrschwierigkeiten dieser Waren stark in die Höhe geschwungen sind.

Von den Nahrungsmitteln hat die Teuerung die tierischen Erzeugnisse — wie Molkereiprodukte und Fett — im allgemeinen stärker erfaßt als die Erzeugnisse pflanzlichen Ursprungs. Recht empfindlich sind zwar nach der Festsetzung der landwirtschaftlichen Preise für die diesjährige Ernte die Preise für Weizenbrot und -mehl gestiegen. Verhältnismäßig gering waren dagegen die Preissteigerungen für Zucker und Speiseöl, die einzigen streng rationierten Lebensmittel.

Dank dem Mieterschutzgesetz, das einen Großteil der Mietverträge verlängerte, haben die Mietzinserhöhungen am wenigsten mit der allgemeinen Preissteigerung Schritt gehalten; zu Erhöhungen des Mietzinses kam es nur beim Abschluß neuer Verträge oder bei freiwilligen Mieterhöhungen. Teurer wurden lediglich die Sonderzuschläge für Zentralheizung, die Gebühren für Instandhaltung der Wohnungen, für Müllabfuhr u. a. m. Im April 1943 trat ein neues Mieterschutzgesetz mit einer gleichzeitigen gesetzlichen Erhöhung der Mieten in Kraft, das sämtliche bestehende Mietverträge für die ganze Kriegsdauer verlängerte, nachdem die Verträge bisher generell um jeweils ein Jahr verlängert worden waren. In Zukunft abgeschlossene Mietverträge fallen gleichfalls unter diese neue Bestimmung. Die bisherige Miete wurde für Wohnungen um 10—15 v. H., für Geschäfte und Lokale um 18—26 v. H. erhöht. Trotz dieser Erhöhungen seit April 1943 sind die Mieten immer noch weniger gestiegen als die übrigen Lebenshaltungskosten.

Ein- und Ausfuhrpreise

Die Preisentwicklung in Rumänien selbst hat sich auch in den rumänischen Ausfuhrpreisen niedergeschlagen. Da das Preisniveau in den wichtigsten Lieferländern und damit das Niveau der Einfuhrpreise Rumäniens sich bei weitem nicht so stark erhöht hat, hat sich eine Preisschere im rumänischen Außenhandel herausgebildet, die die Handelspolitik (namentlich im Verkehr mit Deutschland) vor schwierige Aufgaben stellt.

Leider stehen keine zahlenmäßigen Unterlagen zur Verfügung, um die Preiserhöhung im Außenhandel bis zur Gegenwart zu verfolgen. Seit 1941 veröffentlicht Rumänien keine Außenhandelspreis-

indizes mehr. Schon die Ausführpreise im Durchschnitt von 1939 auf 1940 hatten sich verdoppelt. Sie waren damit viel stärker gestiegen als die inländischen Großhandelspreise, insbesondere als die inländischen Preise für Erdölprodukte, die den Hauptausfuhrposten bilden. Die Einfuhrpreise waren demgegenüber in der gleichen Zeit nur um die Hälfte gestiegen, also weniger als die inländischen Großhandelspreise in Rumänien.

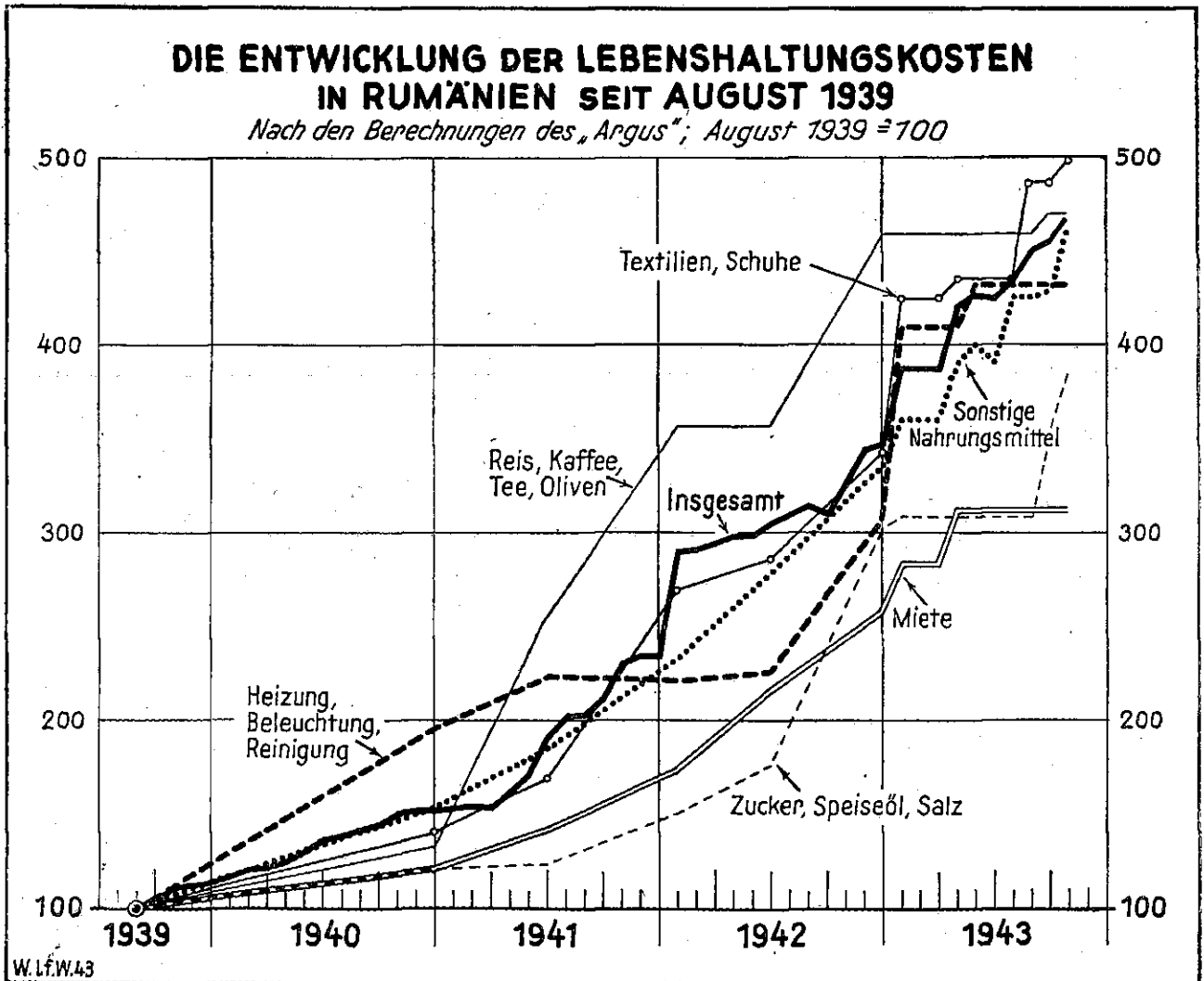
Die Preisentwicklung im Innern ist also der Entwicklung der Einfuhrpreise vorausgeeilt. Wohl hat die Verteuerung der eingeführten Waren zur allgemeinen Aufwärtsbewegung der rumänischen Preise beigetragen. Die allgemeine Preissteigerung ist aber keineswegs durch die Verteuerung der Einfuhrwaren verursacht worden. Im Gegenteil, manche Preiserhöhung von seiten der Handelspartner Rumäniens war nur die Folge der wachsenden rumänischen Preisforderungen. (Die relativ niedrigen Einfuhrpreise schlagen sich freilich nicht in den inländischen Preisen für Einfuhrgüter nieder, weil die Einfuhr

in hohem Maße mit Zöllen und Taxen belastet ist, und weil der Zwischenhandel die Preise weiter bis zur Höhe des inländischen Preisniveaus hinaufschleust.)

An dieser Situation dürfte sich in der ganzen Entwicklung bis zur Gegenwart nichts Wesentliches geändert haben. Die Preisschere im Außenhandel ist nach wie vor zugunsten Rumäniens geöffnet. Die Überhöhung der rumänischen Ausführpreise im Verhältnis zum Preisniveau der Handelspartner wurde noch dadurch verstärkt, daß Rumänien im Krieg die Eisenbahnfrachten für Ausfuhrgüter heraufgesetzt und wieder Ausfuhrzölle eingeführt hat.

Zahlenmäßige Unterlagen liegen bis zur Gegenwart nur für die Ausführpreise der Erdölprodukte und bis 1942 für das Getreide vor (vgl. Übersicht IV und Schaubild, S. 135).

Die Ausführpreise für Erdölprodukte sind seit Kriegsbeginn um das Fünf- bis mehr als Siebenfache gestiegen. Der Ausführpreis für Erdöl selbst ist da-

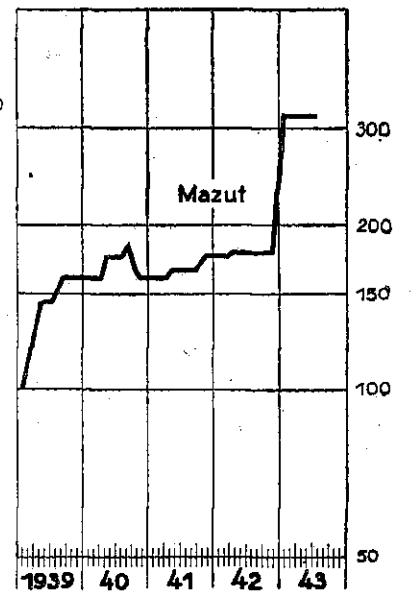
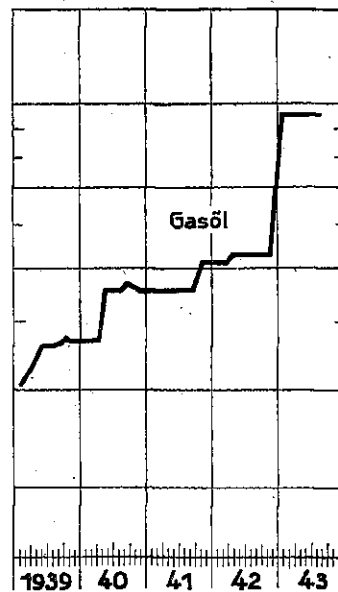
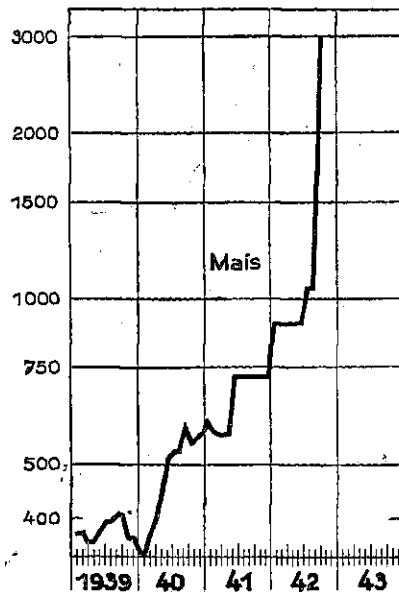
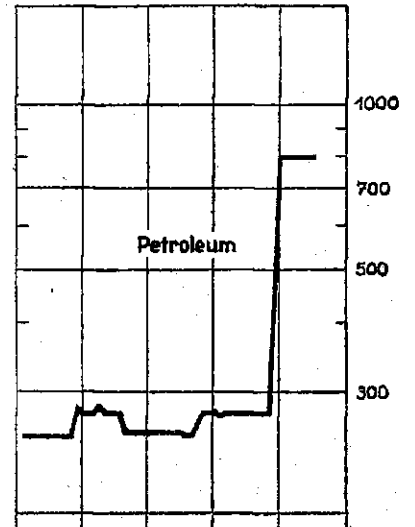
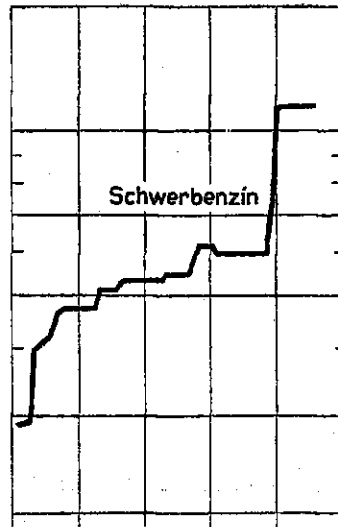
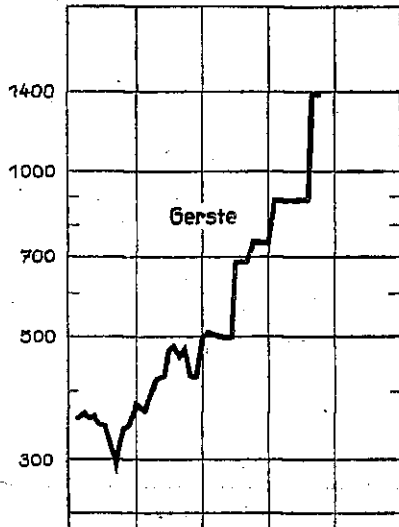
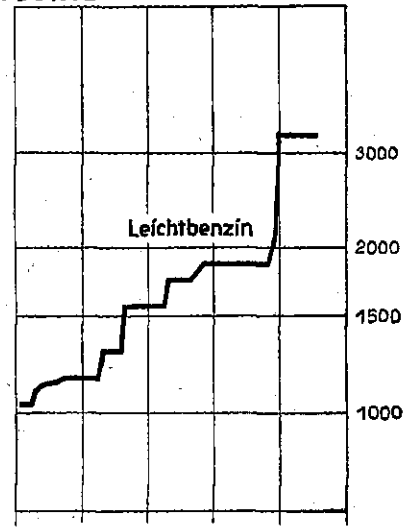
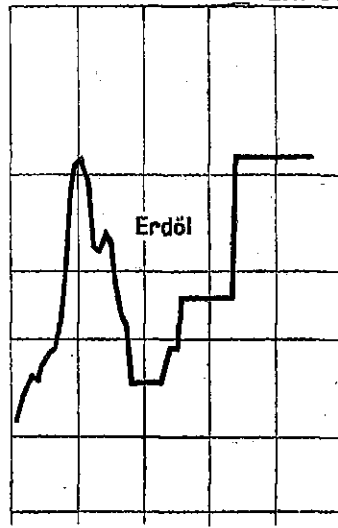
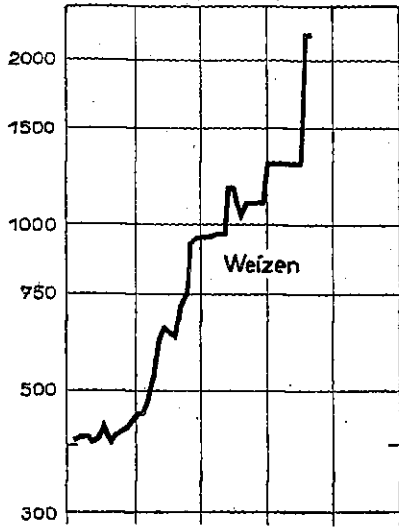


INLANDSPREISE FÜR GETREIDE UND ERDÖLPRODUKTE IN RUMÄNIEN

in Lei je dz; logarithm. Maßstab

GETREIDE

ERDÖLPRODUKTE

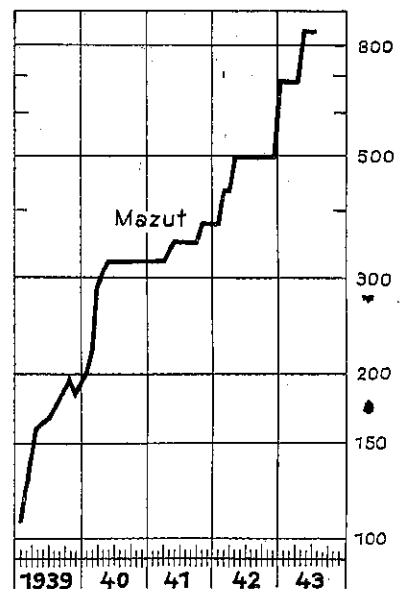
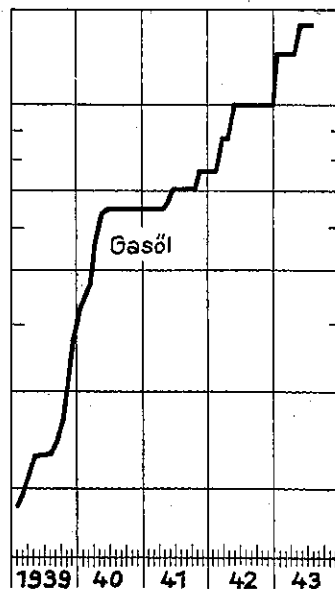
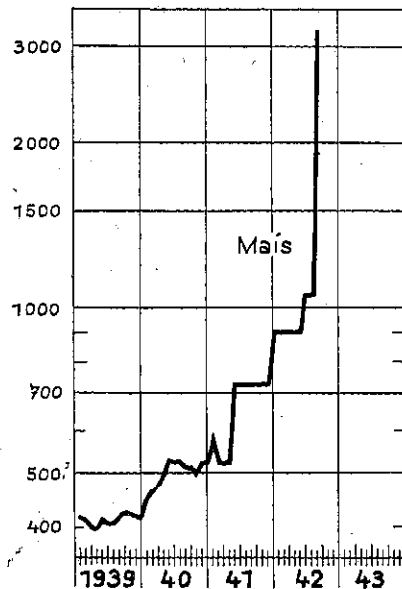
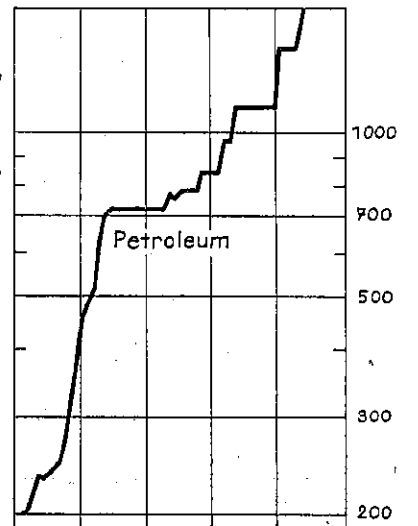
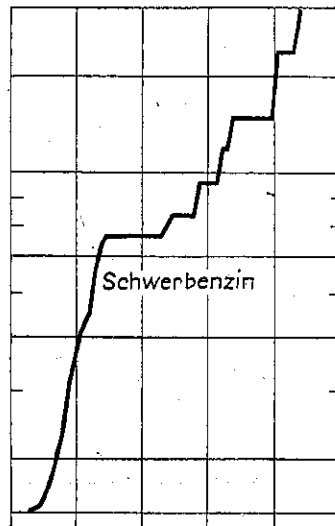
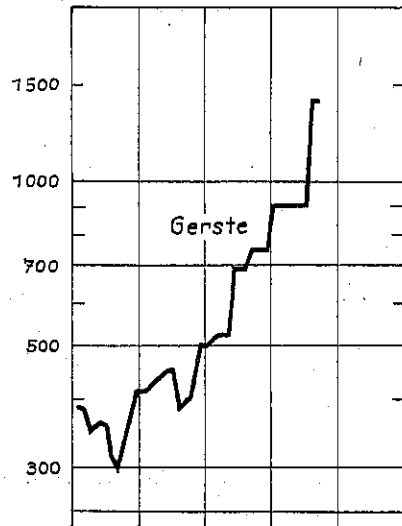
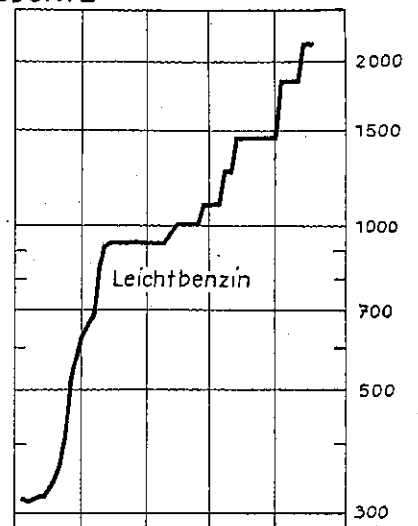
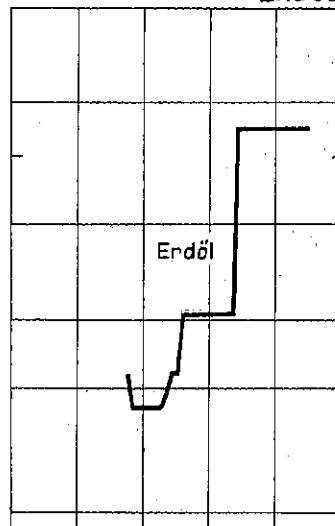
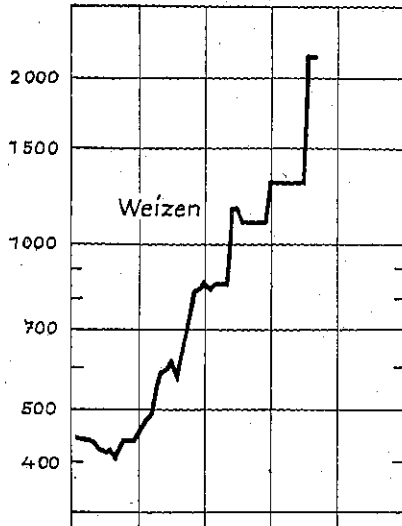


AUSFUHRPREISE FÜR GETREIDE UND ERDÖLPRODUKTE IN RUMÄNIEN

in Lei je dz, logarithm. Maßstab

GETREIDE

ERDÖLPRODUKTE



bei von geringer Bedeutung, da Erdöl nicht oder nur in unbedeutenden Mengen ausgeführt wird.

Entscheidend für die Entwicklung der Ausfuhrpreise der Erdölprodukte ist die staatliche Preispolitik, die gerade auf diesem Gebiet in den ersten Kriegsjahren neben wirtschaftlichen auch außenpolitische Gesichtspunkte zu berücksichtigen hatte. Das Ziel war, ein System zu schaffen, das die Konkurrenz der Bezieher rumänischer Erdölzeugnisse untereinander durch Preisüberbietungen soweit wie möglich ausschloß. So wurden seit März 1940 die Ausfuhrpreise für jedes Erdölzeugnis frei Ausfuhrhafen bzw. Grenzstation einheitlich festgesetzt und auch jeweils einheitlich verändert (sogenannte Plafondpreise). Für die gesamte Ausfuhr an Erdölprodukten wurde eine Ausfuhrtaxe erhoben, die ursprünglich 25 v. H., seit dem 30. Juli 1940 32 v. H. des Plafondpreises betrug. Erzielte ein Exporteur höhere Preise als den jeweiligen Plafondpreis, so hatte er 80 v. H. des Mehrerlöses an die Staatskasse abzuführen. Auf diese Weise sollten Sondergewinne ausgeschlossen werden, die sich aus der bevorzugten Belieferung einzelner besonders zahlungskräftiger Bezieher ergeben hätten. Das System hat in seiner Wirkung nach außen gut funktioniert; für die Erdölindustrie hatte es aber den Nachteil, daß die Erlöse ab Fabrik für die einzelnen Raffinerien verschieden hoch lagen, je nach der Entfernung (und damit den Frachtkosten) zum Ausfuhrhafen oder zur Grenzstation.

Als in den Jahren nach 1940 die Produktionskosten, die Frachten und die Steuersätze stärker stiegen als die Plafondpreise, wurde dadurch die Rentabilität der Erdölindustrie beeinträchtigt. Da ein Produktionsrückgang unter allen Umständen vermieden werden sollte, sah sich der Staat gezwungen, ein neues System für die Festsetzung der Ausfuhrpreise der Erdölzeugnisse einzuführen. Das neue System, das im März 1943 in Kraft getreten

ist und rückwirkend ab 1. Mai 1942 gilt, sichert den Fabriken einen einheitlichen Mindestpreis ab Fabrik. Zur Festsetzung der Preise ab Grenze werden zu dem Fabrikpreis nun Fracht, Taxe usw. hinzugeschlagen. Die neuen staatlich festgesetzten Fabrikpreise liegen wesentlich über den Erlösen, die sich bisher aus den Ausfuhrpreisen ergeben hatten, wenn von ihnen die Frachten und die Ausfuhrabgaben abgezogen wurden. Die tatsächlichen Ausfuhrpreise ab Grenze haben sich nicht erhöht. Es ist anzunehmen, daß die Differenzen, die sich in dieser Zeit zwischen den Erlösen ab Fabrik nach dem alten System und den neuen festgesetzten Fabrikpreisen ergeben haben, den Raffinerien vom Staat vergütet worden sind. Dadurch mußte der Staat vermutlich einen Teil der Ausfuhrabgaben rückerstatten. Der Staat verzichtet anscheinend zu demselben Zweck seit Februar 1943 auch auf die 80prozentige Abgabe, die er bisher (vgl. oben) von den Mehrerlösen gegenüber den sogenannten Plafondpreisen erhoben hatte. Allerdings hat sich der Fiskus dadurch schadlos gehalten, daß er im April 1943 einige Ausfuhrabgaben erneut heraufgesetzt hat, so daß sich die vom Ausland bezahlten Preise entsprechend erhöht haben. Der Verband der Erdölindustrie hat sich im übrigen im Juli 1943 bereits wieder um eine Erhöhung der Loco-Raffineriepreise bemüht, da die im März festgesetzten Preise durch die Kostenentwicklung überholt seien.

Auch die Ausfuhrpreise für Getreide werden vom Staat festgesetzt. Sie spielten allerdings gegenüber den Ausfuhrpreisen für Erdöl in den letzten Jahren nur eine geringe Rolle, da Rumänien infolge der schlechten Ernten seine Getreideausfuhr stark drosseln, zeitweilig sogar ganz einstellen mußte. Das Problem der Ausfuhrpreise für Getreide wird allerdings jetzt wieder akut, da die diesjährige Rekord-ernte Rumänien in die Lage versetzt, Getreide in erheblichen Mengen auszuführen. Trotz des Bedarfs

Ausfuhrpreise für Getreide und Erdölprodukte in Rumänien

[Übersicht IV]

Halbjahresdurchschnitt	Getreide						Erdölprodukte											
	Weizen		Gerste		Mais		Erdöl		Leichtbenzin		Schwerbenzin		Petroleum		Gasöl		Mazut	
	Lei je dz	v. H.	Lei je dz	v. H.	Lei je dz	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.	Lei je kg	v. H.
1939 1. Halbjahr	435	100'0	365	100'0	406	100'0	.	.	3'22	100'0	2'43	100'0	2'21	100'0	2'14	100'0	1'43	100'0
2. " "	434	99'8	355	97'3	415	102'2	.	.	4'76	147'8	3'82	157'2	3'25	147'1	3'07	143'5	1'86	130'1
1940 1. Halbjahr	550	126'4	434	118'9	486	119'7	.	.	8'25	256'2	6'69	275'3	6'27	283'7	5'66	264'5	2'77	193'7
2. " "	746	171'5	438	120'0	513	126'4	.	.	9'38	291'3	7'64	314'4	7'16	324'0	6'41	299'5	3'21	224'5
1941 1. Halbjahr	953	219'1	576	157'8	598	147'3	1'49	.	9'73	302'2	7'92	325'9	7'42	335'7	6'65	310'7	3'33	232'9
2. " "	1133	260'5	765	209'6	750	184'7	2'06	.	10'63	330'1	8'96	368'7	8'12	367'4	7'27	339'7	3'64	254'5
1942 1. Halbjahr	1300	298'9	900	246'6	925	227'8	2'87	.	13'37	415'2	11'62	478'2	10'19	461'1	9'15	427'6	4'58	320'3
2. " "	2200 ¹⁾	505'7	1400 ¹⁾	383'6	2075 ¹⁾	511'1	4'50	.	15'24	473'3	13'35	549'4	11'63	526'2	10'39	485'5	5'31	371'3
1943 1. Halbjahr	4'50	.	20'10	624'2	18'28	752'3	15'63	707'2	13'18	615'9	7'68	537'1

1) Ø aus den Werten für Juli und August

an Getreide in allen europäischen Ländern stößt die Unterbringung der rumänischen Ausfuhrüberschüsse wegen der hohen Preise auf Schwierigkeiten.

Eisenbahngütertarife

Wie erwähnt, haben zu der raschen und starken Steigerung der Preise in Rumänien zu einem Teil auch die Erhöhungen der Eisenbahngütertarife beigetragen. 1938 lagen in Rumänien die Güterfrachttarife auf den Eisenbahnen im allgemeinen für Agrarprodukte verhältnismäßig niedrig, für industrielle Rohstoffe und Fertigwaren verhältnismäßig hoch. Sie belasteten in erster Linie die Industrie. Die Agrarprodukte waren tariflich besser gestellt, um die Ausfuhr möglichst wenig zu belasten. Diese Differenzierung der Tarife nach Güterklassen, die für den ganzen Südosten typisch ist, ist in Rumänien besonders stark ausgeprägt.

Während des gegenwärtigen Krieges haben die rumänischen Gütertarife derartige Erhöhungen erfahren, daß zur Zeit das gesamte Niveau der Tarife bedeutend höher liegt als in den anderen Südoststaaten (mit Ausnahme von Griechenland).

1940 wurden in Rumänien kurz nacheinander drei Frachtzuschläge von 15 v. H., 2 v. H. und 10 v. H. eingeführt, die Mitte April 1941 in die Frachtsätze eingebaut wurden; Anfang Juni 1941 erfolgte bereits eine neue Gütertariferhöhung um 25 v. H. Mit einer Gesamterhöhung von 61,3 v. H. am 1. Juni 1941 waren die Gütertarife jedoch noch nicht so stark wie der Durchschnitt der Warenpreise gestiegen. Das änderte sich, als Ende 1942 die Tarife zum fünftenmal, und zwar um 40 v. H., und am 1. April 1943 erneut, und zwar um 100 v. H., heraufgesetzt wurden. Damit haben sich die Gütertarife seit Kriegsausbruch bis zum April 1943 auf das 4½fache erhöht. Die Erhöhung der Tarife um 100 v. H. vom 1. April 1943 wurde für einige wichtige Agrarprodukte erst ab 1. August und für Brennholz erst ab 1. November 1943 in Kraft gesetzt. Sie wirkt sich also auf die rumänischen Preise erst allmählich aus. Für einige Rohstoffe, wie Koks und Eisenerz, sind die Frachtsätze um weniger als 100 v. H. erhöht worden.

Ein zwischenstaatlicher Vergleich der Höhe der Frachtpreise ist insofern schwierig, als die im Tarif enthaltene Gütereinteilung und Aufstellung von Wagenladungsklassen als Grundlage für die Frachteinhebung nicht für alle Staaten einheitlich ist. Nur die Frachtsätze der in der Gütereinteilung nicht genannten Waren, die zur höchsttarifizierenden Klasse gehören und für alle Länder ziemlich gleich sind, lassen sich miteinander vergleichen. Bei dieser

Gegenüberstellung ist zu beachten, daß die Frachtsätze für höchsttarifizierendes Wagenladegut im Südosten innerhalb der Gesamtfrachtsätze relativ hoch liegen. Die nachfolgende Aufstellung gibt die gegenwärtigen Frachtsätze des Südostens in v. H. des deutschen Frachtsatzes an, wobei die Umrechnung der Südostfrachtpreise in Reichsmark auf Grund der bahnamtlichen Kurse erfolgte. Der Zehntonnen-Frachtsatz für höchsttarifizierendes Wagenladegut auf 200 Kilometer nach den Binnentariifen in v. H. des deutschen Satzes vom 15. Mai 1943 beträgt für die einzelnen Länder:

Deutsches Reich	100
Ungarn	173
Slowakei	78
Rumänien	690
Kroatien	186
Bulgarien	110
Griechenland	1200.

Der Anstieg der Kosten bei den rumänischen Staatsbahnen ist nur zu einem Teil durch die Erhöhung der Personalausgaben und die Verteuerung der Brennstoffe bedingt. Gewiß sind während des Krieges auch die Beantengehälter und die Löhne erhöht worden. Auch die Preise für Erdölprodukte und Brennholz haben sich erhöht. Der ausschlaggebende Brennstoff ist aber die Kohle (85,5 v. H. im Jahre 1939); die Kohlenpreise jedoch sind bisher verhältnismäßig wenig gestiegen, vor allem wohl auch deshalb, weil die Staatseisenbahnen als größter Abnehmer der inländischen Kohle (im Durchschnitt zwei Drittel der Förderung) praktisch den Kohlenpreis diktieren.

Für die Kostenerhöhungen bei den rumänischen Eisenbahnen sind vielmehr die Investitionen entscheidend, die notwendig waren und sind, um das Verkehrsnetz und den Wagenpark der Verkehrsbeanspruchung des Krieges anzupassen. Nachdem Rumänien mit Siebenbürgen wichtige Güterdurchgangswege verloren hatte²⁾, haben die Staatsbahnen an der Durchführung eines Arbeitsplanes zur Wiederherstellung und Vervollkommnung des normalen Betriebes im Eisenbahnverkehr gearbeitet; dieser Plan umfaßt auch die Erhöhung der Leistungsfähigkeit des Bahnkörpers. In den neuen Gebieten waren Wiederherstellungsarbeiten und die Umangelung von der russischen Breitspur auf die Normalspur erforderlich.

²⁾ Vgl. Die Eisenbahnen Rumäniens, in: Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung, 14. Jg. (1940), Heft 7/8, S. 121 ff.

Löhne und Gehälter

Die Löhne und Gehälter als Einkommensquelle und Kostenelement spielen in Rumänien im ganzen gesehen keine sehr große Rolle, da 80 v. H. der Bevölkerung im Agrarsektor tätig und 70 v. H. der landwirtschaftlichen Betriebe Kleinbauernwirtschaften sind. Im nichtagrarischen Teil der rumänischen Wirtschaft (in der Industrie, im Handel, in der öffentlichen Wirtschaft usw.) sind die Löhne freilich als Kostenelement und als Quelle des Einkommens von ebenso großer Bedeutung wie in anderen Ländern.

Haben die Löhne in ihrer Entwicklung mit der Steigerung der Preise in Rumänien Schritt gehalten? Ist für die Arbeiterschaft eine wesentliche Senkung des Realeinkommens eingetreten? Diese Fragen lassen sich für die einzelnen Phasen des Krieges an Hand des verfügbaren spärlichen Materials nicht eindeutig beantworten.

Infolge der Einberufungen zur Wehrmacht ist auch in Rumänien im Laufe des Krieges an die Stelle eines Überangebots eine gewisse Verknappung an Arbeitskräften getreten. Die Löhne haben also aus diesem Grund allein die Tendenz zu steigen. Wenn es trotzdem nötig war, staatlicherseits Mindestlöhne festzusetzen, so deshalb, weil sich die Nachfrage nach Arbeitskräften nicht in allen Bereichen gleichmäßig stark durchgesetzt hat. Daneben sind Höchstlöhne festgesetzt worden, die sich infolge der großen Nachfrage nach Facharbeitern und sonstigen qualifizierten Fachkräften, die im Südosten in besonders geringer Zahl vorhanden sind, als notwendig erwiesen.

Im Frühjahr 1940 wurden die Löhne durch eigene Initiative der Unternehmer um 10 bis 20 v. H. heraufgesetzt. Im Herbst 1940 setzte der Staat Mindestlöhne fest, die eine neuerliche Erhöhung um 25 bis 30 v. H. mit sich brachten. Für das Jahr 1940 kann im ganzen eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 40 bis 50 v. H. angenommen werden. Diese Zahlen werden durch Angaben aus einzelnen Industrien bestätigt. So ist nach einer Meldung des Verbandes der rumänischen Industriellen *U. G. I. R.* in der Industrie zur Erzeugung und Verteilung von elektrischer Energie die Summe der Löhne und Gehälter von 1939 auf 1940 um 39 v. H. gestiegen. Die Erdölindustrie hat 1940 41 v. H. mehr Löhne und Gehälter ausgezahlt als 1939. Die Steigerung der einzelnen Löhne wird im Durchschnitt größer gewesen sein, da die Produktion abgenommen hat (es wurden 6,8 v. H. weniger Rohöl gefördert und 16,3 v. H. weniger Rohöl in den Raffinerien verarbeitet).

Bis zum 1. April 1941 dürften sich die Löhne seit Kriegsausbruch im Durchschnitt verdoppelt haben. Der allgemeine Preisstop vom 1. September 1941 brachte praktisch keinen Lohnstop, sondern lediglich die Bestimmung, daß künftig keine Lohnerhöhungen ohne behördliche Genehmigung durchgeführt werden dürfen. Anfang 1942 wurde ein Arbeitsgesetz erlassen, das den Arbeitnehmern das Recht einräumte, alle sechs Monate die Überprüfung der Löhne und Gehälter zu verlangen. Eigens für diese Prüfung errichtete Zentralkommissionen konnten Mindestlöhne festsetzen, welche die Löhne vom 1. April 1941 bis zu 30 v. H. übersteigen durften. Aus dieser Bestimmung läßt sich schließen, daß die Löhne im weiteren Verlauf des Jahres 1941 noch einmal bis zu 30 v. H. gestiegen waren. Mit Wirkung vom 1. August 1942 wurde für das ganze Land die Höhe der Mindestlöhne neu festgesetzt. Die Erhöhung betrug wiederum annähernd 30 v. H.

Für die Erhöhung der Löhne von Kriegsausbruch bis zum Sommer 1942 ergibt sich also in großen Zügen folgendes Bild (1939 = 100):

bis Herbst 1940	Steigerung 40 bis 50 v. H.
„ 1. April 1941	„ etwa 100 „ „
„ Ende 1941	„ 160 „ „
„ August 1942	„ etwa 240 „ „

Über die neuere Entwicklung liegt kein zusammenfassendes Material vor. Bekannt ist nur, daß der *Generalkommissar für die Preisgestaltung* im Lauf des Sommers 1943 in den meisten Wirtschaftszweigen die Löhne wiederum, und zwar um 10 bis 30 v. H. erhöht hat. Ferner sollen Familienzulagen (500 Lei monatlich oder 20 Lei je Arbeitstag für jedes minderjährige Kind), die im Juli 1943 für sämtliche Industrie- und Handelsunternehmungen obligatorisch eingeführt wurden, die Löhne der fortschreitenden Teuerung anpassen.

Die Lebenshaltungskosten hatten sich bis August 1942 nach dem *Argus*-Index mehr als verdreifacht. Die Löhne hätten demnach die Lebenshaltungskosten in ihrem Anstieg annähernd eingeholt. Indes muß man berücksichtigen, daß hier immer die höchsten Sätze der Lohnerhöhungen in Rechnung gestellt wurden, die Löhne im Durchschnitt also nicht ganz so stark gestiegen sind. Dazu kommt, daß der Preisindex des *Argus*, da er — wie erwähnt — nur die amtlichen Preise einbezieht, die Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht in ihrem vollen Umfang wiedergibt. Eine gewisse Beeinträchtigung des Realeinkommens der Arbeiterschaft ist deshalb selbst bis zum Sommer 1942 als sicher anzunehmen.

Daß sich die Lebenshaltungskosten seit dem Sommer 1942 wesentlich erhöht haben, ist früher bereits dargelegt worden. Ob auch in dieser Zeit die Löhne mit der Teuerung Schritt gehalten haben, ist nicht zu ermitteln. Von rumänischer Seite hat man geschätzt, daß die Löhne bis Mai 1943 etwa 90 v. H. der seit Kriegsausbruch eingetretenen Preissteigerung mitgemacht haben.

Während vor dem Krieg die Spanne zwischen städtischen und landwirtschaftlichen Löhnen in Rumänien (wie im ganzen Südosten) viel größer als in den europäischen Industriestaaten war, ist der Unterschied in der Gegenwart nicht mehr sehr erheblich, da die Löhne in der Landwirtschaft stärker gestiegen sein dürften (nämlich auf das $3\frac{1}{2}$ - bis $4\frac{1}{2}$ -fache bis 1942) als die städtischen Löhne. Das besonders starke Steigen der landwirtschaftlichen Löhne erklärt sich aus den umfangreichen Einziehungen gerade der ländlichen Arbeiterbevölkerung und aus dem im Zuge der Intensivierung der Landwirtschaft wachsenden Bedarf an ländlichen Arbeitskräften.

Weniger günstig als die Löhne haben sich die Gehälter in Rumänien seit Kriegsbeginn entwickelt. Schon vor dem Krieg, d. h. in den Jahren 1934 bis 1939 wurden die Beamtengehälter trotz des stetigen Steigens der Preise unwesentlich erhöht. Im Verlauf des Krieges sind die Gehälter bisher dreimal heraufgesetzt worden, und zwar im Oktober 1941 um 25 v. H., im Oktober 1942 bis zu 50 v. H. und im September 1943 um 30 v. H.

Die Gehaltserhöhung vom Oktober 1942 sollte vor allem den Beamten mit niedrigen Gehältern zugute kommen: die Erhöhung beträgt nämlich 50 v. H. für die unterste Gehaltsstufe von 3000 Lei im Monat; sie sinkt bis auf 6 v. H. für die Monatsgehälter von 72.000 Lei und darüber. Außerdem erhalten die Beamten seither für jedes minderjährige Kind eine Teuerungszulage von 1000 Lei in der Stadt und 750 Lei auf dem Land je Monat. Die Gehaltserhöhung vom September 1943 bringt eine gleiche Zuschlagsquote für alle Gehaltsstufen; die bisherigen Kinderzulagen sind erhöht worden.

Die Gehaltserhöhung während des Krieges beträgt im günstigsten Fall, also für die niedrigste Besoldungsstufe, 143·8 v. H. Dazu kommen allerdings noch die Kinderzulagen. Einschließlich dieser Kinderzulagen ist — bei 4 Kindern — das Gehalt der niedrigsten Besoldungsstufe wohl ebenso stark gestiegen wie die Lebenshaltungskosten. Bei höheren Gehältern ist die Steigerung prozentual wesentlich niedriger; so beträgt bei einem Gehalt von 6880 Lei bei Kriegsausbruch die Erhöhung 127·5 v. H.

(bei vier minderjährigen Kindern 214·7 v. H.), bei einem Gehalt von 20.000 Lei macht sie 95 v. H. (mit vier Kindern 125 v. H.) und bei den höchsten Gehältern nur 71·6 v. H. aus (die Kinderzulagen sind hier ohne Bedeutung).

Alles in allem bleiben also die Gehaltserhöhungen weit hinter der Teuerung zurück, so daß die Gehaltsempfänger im Lauf der letzten Jahre eine wesentliche Reduktion ihres Realeinkommens in Kauf nehmen mußten.

Die Gehälter der Privatangestellten erfuhren im September 1943 eine generelle Regelung. Die Industrie- und Handelsunternehmungen wurden ermächtigt, ohne ausdrückliche Genehmigung des Preiskommissars die Gehälter ihrer Angestellten gegenüber Dezember 1939 bis auf das $3\frac{1}{2}$ -fache heraufzusetzen. Die Erhöhung der privaten Gehälter hat also auch nicht mit den in derselben Zeitspanne auf das $4\frac{1}{2}$ -fache gestiegenen Lebenshaltungskosten Schritt gehalten.

Gründe der Preissteigerung

Die Kriegswirtschaft jedes Landes steht vor dem Problem, daß sich auf der einen Seite das durch Produktion und Einfuhr bestimmte Angebot an Waren für die zivile Versorgung kaum im bisherigen Umfang aufrechterhalten läßt, während sich auf der anderen Seite durch die Kriegsfinanzierung Steigerungen der Kaufkraftsumme, über die die zivile Bevölkerung verfügt, nicht vermeiden lassen. Hieraus resultiert in erster Linie die Tendenz zur allgemeinen Erhöhung der Preise, der ein Land nur durch Preisstop, Güterbewirtschaftung (d. h. durch möglichst weitgehende Ausschaltung der freien Marktwirtschaft) und durch die Abschöpfungsmaßnahmen (Steuern, Anleihen usw.) begegnen kann. Je nachdem, wie weit die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage klafft, ferner: mit welcher Wirksamkeit Preisregelung, Güterbewirtschaftung und Abschöpfung durchgeführt werden können, gelingt es den einzelnen Ländern, im Kriege die allgemeine Preissteigerung zu zügeln. Unter diesem Gesichtspunkt soll nun im folgenden die Entwicklung in Rumänien betrachtet werden.

Ernteergebnisse und industrielle Produktion im Kriege

Die *landwirtschaftliche* Erzeugung ist in Rumänien während des Krieges weit hinter dem Vorkriegsstand zurückgeblieben. Die ungünstigen Ernteergebnisse sind in erster Linie auf schlechte Witterungsverhältnisse zurückzuführen; dann aber auch auf die Gebietsverluste im Jahre 1940, auf die durch den russischen Feldzug verursachte teilweise Verwüstung der Felder in den zurückeroberten Gebieten

und auf den Ausfall an Arbeitskräften infolge der Einberufungen zum Militärdienst, die zu einem Rückgang der bebauten Fläche geführt haben.

Getreideerzeugung in Rumänien
in Millionen Doppelzentner
[Übersicht V]

Getreidesorten	1933-37	1939	1940 ¹⁾	1941 ¹⁾	1942 ²⁾	1943 ²⁾⁴⁾
Weizen . . .	30'4	44'5	13'7	19'2	12'3	30'7 ³⁾
Mais . . .	50'3	60'5	36'4	33'8	29'7	47'6
Gerste . . .	12'4	8'2	4'8	3'8	7'6	10'3
Hafer . . .	6'6	4'9	3'5	3'2	4'2	6'0
Roggen . . .	3'8	4'3	0'5	0'5	1'0	.

¹⁾ Ohne Bessarabien, Bukowina, Nordsiebenbürgen und Süddobrudscha. — ²⁾ Mit Bessarabien und Bukowina. — ³⁾ Einschl. Roggen. — ⁴⁾ Schätzung.

Die Jahre 1938 und 1939 hatten Rumänien Rekordernten gebracht. Die bei Kriegsausbruch vorhandenen Getreidevorräte führten dazu, daß sich der Rückgang der Getreideproduktion auf die Versorgung erst vom Sommer 1941 an fühlbar auszuwirken begann. Obwohl 1942 die Getreideanbaufläche wieder erheblich größer war, ging der Ertrag weiter zurück, da die Hektarerträge für Weizen, Mais und Roggen kaum halb so hoch wie 1939 waren (vgl. Übersicht V).

Auch die Gemüseproduktion ist während der ersten beiden Kriegsjahre zurückgegangen, 1942 jedoch ungefähr wieder auf Vorkriegshöhe gestiegen. Die Kartoffel, die bisher in der Ernährung des Rumänen eine geringe Rolle spielte, wurde während des Krieges in größerem Umfang angebaut.

Erweitert wurden ferner die Anbauflächen für Sonnenblumen und Textilfaserpflanzen, ohne daß jedoch die Erträge entsprechend stiegen; da auch hier die Hektarerträge bedeutend niedriger waren als vor dem Krieg. Recht erheblich ist im Krieg die Produktion von Raps, Sojabohnen, Zuckerrüben und Tabak zurückgegangen.

Der Viehbestand hat gegenüber 1938 abgenommen, zum Teil als Folge der Gebietsverkleinerung; er ist zwar bis 1942 wieder gestiegen, hat aber den Vorkriegsstand nicht wieder erreicht.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die gesamte landwirtschaftliche Produktion während der ersten drei Kriegsjahre gesunken ist. Wenn dieser Ausfall an agrarischen Erzeugnissen nicht zu größeren Versorgungsschwierigkeiten geführt hat, so war dies dem Umstand zu verdanken, daß Rumänien als Agrarexportland durch die Drosselung seiner Ausfuhr ein Gegengewicht gegen die Verminderung der Produktion schaffen konnte. So ist mit dem Ziel ausreichender eigener Marktversorgung die Ausfuhr verschiedener Produkte eingestellt worden. Dank der diesjährigen besonders günstigen Ernte hat sich die

Versorgungslage zur Zeit wesentlich gebessert. Die Märkte sind mit pflanzlichen Nahrungsmitteln zum Teil sogar überreich besetzt, so vor allem mit Weizen und Gemüse.

Die Aufwärtsentwicklung der Erzeugung in der rumänischen *Industrie*, die für die Jahre vor dem Krieg kennzeichnend war, kam mit dem Beginn der kriegerischen Ereignisse in Europa zum Stillstand. Schon das Jahr 1940 brachte in fast allen Zweigen der Industrie einen Produktionsrückgang. Auch 1941 und 1942 ist in fast allen Verbrauchsindustrien die Produktion gesunken. Besonders fühlbar für den rumänischen Konsumenten ist der Produktionsrückgang in der Nahrungs-, Textil- und Lederindustrie. Die kriegswichtigen Industrien dagegen wie auch der Bergbau haben ihre Produktion in den letzten Jahren zum Teil recht beträchtlich erhöht.

Wie in anderen kriegführenden Ländern ist auch in Rumänien die Konsumgütererzeugung zugunsten der Produktion von Kriegsmaterial eingeschränkt worden. Daneben wirkten sich Rohstoffmangel, Ausfall von Arbeitskräften, Transportschwierigkeiten im In- und Ausland und der Verlust von Industriebetrieben durch die Gebietsabtretungen von 1940 hemmend auf die Produktion aus. Besonders der Verlust Nordsiebenbürgens war für die Industriewirtschaft Rumäniens von Bedeutung.

Einfluß des Einfuhrückganges auf die Versorgungslage

Der durch den Krieg bedingte Rückgang der Rohstoffeinfuhr war schon in den ersten Kriegsjahren für die rumänische Industrie fühlbar, da sie bei Kriegsausbruch kaum über nennenswerte Rohstoffvorräte verfügte.

Die wichtigste Industrie Rumäniens, die *Textilindustrie*, ist in ihrer Rohstoffgrundlage besonders einfuhrabhängig. Infolge des starken Ausbaues der Webereien ist nicht nur der Einfuhrbedarf an Textilrohstoffen, sondern auch der an Garnen sehr groß. Die Wollindustrie mußte 1939 über 40 v. H. ihrer Rohwolle (fast ausschließlich aus Übersee) und fast 50 v. H. ihrer Wollgarne (überwiegend aus Deutschland), die Baumwollindustrie fast 100 v. H. ihrer Rohbaumwolle (aus Ägypten, USA. und den Südländern) und etwa 45 v. H. ihrer Baumwollgarne (aus England, Italien und Deutschland) einführen. Heute ist Rumäniens Woll- und Baumwollindustrie fast ausschließlich auf die eigenen Rohstoffe angewiesen. Seit Ende August 1940 wurde die Beimischung von Zellwolle angeordnet, die insofern Schwierigkeiten bereitete, als die Spinnereien erst auf die Mitverarbeitung der neuen Rohstoffe umgestellt werden mußten.

Die Kunstseidenindustrie war vor dem Krieg in der Versorgung mit Rohstoffen stark von der Einfuhr abhängig. Im Krieg hat sich die einheimische Rohstoffherzeugung so erweitert, daß der Bedarf jetzt zum großen Teil im Inland gedeckt werden kann. Von dem Bedarf an Naturseide müssen nach wie vor vier Fünftel eingeführt werden. Bei den textilen Fertigwaren fällt die Beschränkung der Einfuhr weniger ins Gewicht, da sie normalerweise nur zu einem kleinen Teil aus dem Ausland bezogen werden.

Die *Eisenindustrie* Rumäniens verfügt nur über eine sehr schmale eigene Rohstoffbasis; die inländischen Eisenerz- und Steinkohlenlager sind nicht bedeutend. Die inländische Erzeugung von Roheisen und Stahl deckt den heimischen Bedarf nur ungefähr zur Hälfte; 50 v. H. müssen als Roheisen und Stahl sowie als Halb- und Fertigwaren eingeführt werden, die ebenso wie der Hüttenkoks, fast ausschließlich von Deutschland geliefert werden. Die eigene Stahl- und Roheisenerzeugung verarbeitete 1939 zu 40 v. H. eingeführtes Erz aus Südslawien. Der Einfuhrausfall während des Krieges wurde zum Teil durch die eigene erhöhte Erzförderung ausgeglichen. Trotz der Aktivität der Schwerindustrie ist wegen des hohen Rüstungsbedarfs auf dem zivilen Sektor eine fühlbare Verknappung an Eisen- und Stahlwaren eingetreten.

Sehr schwierig hat sich die Versorgung mit *Buntmetallen* gestaltet. Der gesamte Bedarf an Aluminium und Nickel muß durch Einfuhr gedeckt werden; auch der Einfuhrbedarf an Kupfer und Zink ist sehr groß. Die wichtigsten Lieferländer waren Großbritannien, Belgien und überseeische Staaten.

Die *Lederindustrie* wurde fast zu 80 v. H. mit inländischen Häuten und zu 50 v. H. mit inländischen Gerbstoffen versorgt. Der Häuteanfall im Lande selbst ging jedoch während des Krieges zurück und die Einfuhr hörte fast gänzlich auf, da nach der Absperrung der überseeischen Märkte in keinem europäischen Land noch Überfluß an rohen Häuten besteht. Ebenso hat sich die Versorgung mit Gerbstoffen verknappt, die bisher überwiegend aus England und Übersee eingeführt wurden.

Die *chemische Industrie* hat ebenfalls mit Rohstoffschwierigkeiten zu kämpfen, die zu Rückgängen in der Produktion geführt haben. Allerdings spielt die eigene Industrie für die Versorgung des Landes keine große Rolle, da Chemikalien und chemische Erzeugnisse, vor allem Anilinfarben und Medikamente, in großem Umfang aus Deutschland eingeführt werden. Das Heer, die Metallindustrie und die Textilindustrie konnten bisher ausreichend mit chemischen Produkten versorgt werden.

Die *Papierindustrie* und die *Holzindustrie* sind soweit ausgebaut, daß sie den Inlandsbedarf fast ganz decken können. Im gegenwärtigen Krieg mußte die Produktion in diesen beiden Industriezweigen eingeschränkt werden, weil die inländische Rohstoffbasis durch den Verlust Nordsiebenbürgens merklich verkleinert wurde; auch ist in diesen Industrien der Arbeitermangel besonders fühlbar.

Die Einfuhr von Arbeits- und Kraftmaschinen, Fahrzeugen und Apparaten ist infolge der geringen inländischen Maschinenerzeugung für die rumänische Wirtschaft von ebenso großer Bedeutung wie die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Jedoch sah sich Rumänien in der Beschaffung von Produktionsmitteln nicht so großen Schwierigkeiten gegenüber wie bei der Beschaffung einzelner Rohstoffe, da schon vor dem Krieg der weitaus größte Teil der benötigten Maschinen aus Deutschland (einschließlich Protektorat) bezogen wurde und auch während des Krieges diese Einfuhren weitgehend aufrecht erhalten blieben.

Im ganzen gesehen hat also das Warenangebot in Rumänien infolge der Produktionsrückgänge zwar abgenommen, aber doch nicht so stark, daß sich daraus allein eine Preissteigerung des Umfangs erklären könnte, wie sie tatsächlich eingetreten ist. Es müssen also auf der Geldseite zusätzlich Kräfte am Werke gewesen sein, die den Preisanstieg wesentlich verstärkt haben.

Zunahme der Geldmenge und des Kreditvolumens

Ebensowenig wie die anderen kriegführenden Staaten, konnte Rumänien seinen gesamten Kriegsfinanzbedarf durch Steuern und sonstige ordentliche Einnahmen decken. Amtliche Statistiken, die darüber Auskunft geben würden, wie weit der rumänische Staat zur Deckung seiner gesamten Ausgaben auf außerordentliche Einnahmen, d. h. auf Kredite zurückgreifen mußte, sind bisher nicht veröffentlicht worden. Auch die Höhe der gesamten Staatsausgaben (oder -einnahmen) ist nicht bekannt, da der außerordentliche Heeresetat seit Rumäniens Eintritt in den Krieg nicht mehr veröffentlicht worden ist. Nach der Aussage des Finanzministers dienten im Finanzjahr 1941/42 von den gesamten Ausgaben in Höhe von 150 Milliarden Lei allein 90 Milliarden Lei der Kriegsfinanzierung (die gesamten Staatsausgaben betrugen beispielsweise 1938 etwa 35 Milliarden Lei). Der Gouverneur der Nationalbank hat im März 1943 bekanntgegeben, daß die Steuereinnahmen 63 v. H. der Staatsausgaben deckten, der Rest der Staatsausgaben mußte durch innere und äußere Anleihen und Kredite finanziert werden.

Das Finanzministerium bedient sich für die Rüstungsfinanzierung der *Kasse für Finanzierung und Amortisierung*, indem diese Kasse die Kriegsausgaben vorfinanziert. Ein nicht unbedeutender Teil der Kriegsausgaben, insbesondere der im Zuge der Kriegswirtschaft und des allgemeinen Wirtschaftsaufbaues gemachten Investitionen, wird durch deutsche Kredite finanziert. Die bisher veröffentlichten deutschen Kreditzusagen belaufen sich allein auf etwa 60 Milliarden Lei. Im Inland werden die vom Staat benötigten Kredite in erster Linie durch die Nationalbank erteilt, die übrigen Banken spielen infolge ihres relativ niedrigen Einlagenstandes eine geringe Rolle für die Kriegsfinanzierung.

Über das Ausmaß dieser inländischen Kredite und Vorschüsse geben die Aktivkonten der rumänischen Nationalbank Aufschluß (vgl. Übersicht VI).

Wichtigste Aktivposten der rumänischen Nationalbank
in Millionen Lei [Übersicht VI]

Aktivposten	Ende Aug. 1939	Ende Dez. 1939	Ende Dez. 1940	Ende Dez. 1941	Ende Dez. 1942	Ende Aug. 1943	Zu- nahme v. Ende August 1939 b. Ende August 1943
Goldbestand . . .	20.267	20.768	32.156	34.292	45.500	53.265	32.998
Clearingdevisen . .	1.179	2.108	1.050	17.148	25.192	25.187	24.008
Wechselbestand Vorschuß des Staates	17.930	23.813	26.640	32.990	38.889	43.269	25.339
Staatspapiere . . .	—	—	—	—	12.000	—	—
„Sonstige Konten“ .	2.283	2.248	2.394	4.737	6.250	—	—
Übergangs- rechnungen	7.112	8.483	5.445	21.608	20.126	30.754	23.642
„Sonstige Aktiven“ .	—	—	—	4.566	5.398	—	—
	2.664	1.600	3.533	3.660	9.863	—	—

Die Steuerverwaltung griff bisher nur einmal unmittelbar auf die Nationalbank zurück. Laut einer Sondervereinbarung vom 19. Juni 1941 wurde ihr ein einmaliger Vorschuß in Höhe von 12 Milliarden Lei eingeräumt.

Der Wechselbestand der Nationalbank erhöhte sich in dem Zeitraum von Ende August 1939 bis Ende August 1943 um 25,3 Milliarden Lei auf 43,3 Milliarden Lei. Der Wechselkredit wurde in erster Linie an die Schwerindustrie sowie an die Maschinen- und Textilindustrie gegeben. Daneben gewährte die rumänische Nationalbank zur Durchführung der Rumänisierungsaktion an verschiedene Kreditinstitute Wechselkredite in Höhe von 1 Milliarde Lei im Jahre 1941 und 3 Milliarden Lei im Jahre 1943. Der Hauptträger dieser Finanzierung ist das neugeschaffene *Rumänische Kreditinstitut*. Weitere Kreditgewährungen vollzogen sich durch Ausleihungen der Nationalbank an halbstaatliche Kreditinstitute. Diese Kredite dienen dem Ausbau der Landesverteidigung, der Förderung der Volkswirtschaft, der Sicherstellung der öffentlichen Ver-

sorgung sowie dem Wiederaufbau der zurückeroberten Gebiete. So erhielt u. a. das *Nationale Genossenschaftsinstitut* zur Sicherstellung der öffentlichen Versorgung mit Lebensmitteln zwei Darlehen in Höhe von 1,5 Milliarden Lei im Jahre 1941 und 2,2 Milliarden Lei im Jahre 1942. 1943 standen dem Institut seitens der Nationalbank 4 Milliarden Lei zum Ankauf der Getreideernte zur Verfügung. Der Hauptteil dieser Kredite fungiert bei der Nationalbank unter dem Aktivposten „Sonstige Konten“, der sich seit dem Eintritt Rumäniens in den Krieg vervierfacht hat. Er erreichte Ende August 1943 den Stand von 30,8 Milliarden Lei. Ein weiterer Teil dieser Kredite ist unter den Aktivposten „Staatspapiere“ und „Übergangsrechnungen“ ausgewiesen.

Eine erhebliche Zunahme verzeichnet seit Kriegsbeginn der Goldbestand der rumänischen Nationalbank. Er erhöhte sich von 20,3 Milliarden Lei im August 1939 auf 53,3 Milliarden Lei im August 1943. Der Hauptteil dieses Zuwachses entfällt auf die Steigerung der staatlichen Goldproduktion; der Rest ist rein nomineller Natur. Er ist durch die Neubewertung des Goldbestandes bedingt, die zugleich mit der Heraufsetzung des Goldankaufspreises der Nationalbank um 50 v. H. im April 1940 vorgenommen wurde. Der gesamte Aufwertungsgewinn floß der Staatskasse zu. Während 5,5 Milliarden Lei dieses Gewinnes zur Deckung der laufenden Staatsschuld bei der Nationalbank verwendet wurden, diente der Rest der Finanzierung von Rüstungsausgaben. Die Finanzreform von 1941 senkte zwar den Goldpreis wieder um einen geringen Prozentsatz, wodurch der Wert des Goldbestandes auch eine entsprechende Minderung erfuhr. Von Bedeutung war diese Maßnahme indes nicht.

Eine weitere Quelle für die Zunahme des Kreditvolumens liegt in den „Clearingguthaben“, die im Krieg sehr stark angewachsen sind. Diese Guthaben entstammen vorwiegend der Dienstleistungsbilanz und gehen erst in zweiter Linie aus dem zwischenstaatlichen Warenverkehr hervor. Wie in anderen südosteuropäischen Staaten werden auch in Rumänien die Forderungen der Exporteure und sonstigen Gläubiger gegenüber dem Ausland durch die Nationalbank bevorschußt. In der Zeit von Ende August 1939 bis Ende August 1943 stiegen die Clearingguthaben der Nationalbank um 24 auf 25,2 Milliarden Lei an. Zu Beginn 1943 zeigte dieser Posten eine kleine, vorübergehende Abnahme, da die rumänische Nationalbank rumänische, im deutschen Besitz befindliche Staatspapiere angekauft hat.

Hand in Hand mit der allgemeinen Kreditausweitung hat sich der Geldumlauf in Rumänien, vor

Sichtverbindlichkeiten der rumänischen Nationalbank
in Millionen Lei [Übersicht VII]

Passivposten	Ende Aug. 1939	Ende Dez. 1939	Ende Dez. 1940	Ende Dez. 1941	Ende Dez. 1942	Ende Aug. 1943	Zunahme v. Ende August 1939 b. Ende August 1943
Sichtverbindlichkeiten insges.	53.355	59.166	79.339	124.624	156.121	183.808	130.453
davon:							
Notenumlauf	38.980	48.800	64.349	96.650	117.351	133.711	94.731
Kontokorrent	7.222	7.506	8.580	16.146	23.743		

allein der Bargeldumlauf erhöht (vgl. Übersicht VII). Allein der Notenumlauf hat sich von Beginn des Krieges bis heute mehr als verdreifacht. In den Bilanzen der Nationalbank tritt die Ausweitung des Zahlungsmittelumschs in einer Erhöhung der „Sichtverbindlichkeiten“ in Erscheinung, die außer den Kontokorrenten und Depositen der Nationalbank den gesamten Notenumlauf umfassen. Die gesamten Sichtverbindlichkeiten erhöhten sich von 53,4 Milliarden Lei im August 1939 auf 183,8 Milliarden Lei im August 1943. Davon entfallen auf den Notenumlauf, der im August 1939 nur 39 Milliarden Lei betragen hat, 133,7 Milliarden Lei. Die Zunahme der Sichtverbindlichkeiten von Kriegsausbruch bis Ende August 1943 um 130,5 Milliarden Lei ist zu 106,5 Milliarden Lei durch Kreditgewährungen der Nationalbank und zu 24 Milliarden Lei durch Kauf von Clearingdevisen der Nationalbank herbeigeführt worden. So waren rund fünf Sechstel der Zunahme der Sichtverbindlichkeiten durch den staatlichen Finanzbedarf und rund ein Sechstel durch die Bevorschussung von Warenlieferungen und Dienstleistungen im zwischenstaatlichen Verkehr bedingt.

Zu der ständigen Erhöhung der Sichtverbindlichkeiten der Nationalbank hat auch der Umstand beigetragen, daß sich die Spar- und Kontokorrenteinlagen nicht in dem Ausmaß erhöht haben, wie es auf Grund der Ausweitung des Geldvolumens im Interesse einer reibungslosen Kriegsfinanzierung wünschenswert gewesen wäre (vgl. Übersicht VIII). Der geringe Zufluß an Einlagen

Einlagen bei der Postsparkasse und den Handelsbanken
in Millionen Lei [Übersicht VIII]

Einlagen	Ende August 1939	Ende Dez. 1939	Ende Dez. 1940	Ende Dez. 1941	Ende Dez. 1942
Spareinlagen bei der Postsparkasse	3.514	3.250	3.292	5.439	9.047
Postschecksaldo	1.317	2.060	2.095	4.657	9.119
Gesamteinlagen der Handelsbanken	3.242	3.190	2.924	5.583	11.986 ¹⁾
davon Einlagen auf Sparbücher	2.240	2.295	1.967	4.631	10.793 ¹⁾
Gläubiger der Handelsbanken		12.150	12.681	17.317	21.926 ¹⁾

¹⁾ Vorläufige Ziffer.

geht in erster Linie auf umfangreiche Hortung von Bargeld der Privaten, außerdem auf die erhöhte Kassenhaltung der Unternehmer zurück; auch ist das Vertrauen der rumänischen Bevölkerung in die Kreditinstitute seit der allgemeinen Wirtschafts- und Bankkrise in den dreißiger Jahren noch nicht völlig wiederhergestellt. Für Oktober 1942 hat man die Summe der gehorteten Bargeldmittel auf rund 40 Milliarden Lei geschätzt. Der überwiegende Teil des gehorteten Geldes entfällt auf die bäuerliche Bevölkerung, die ihre erhöhten Einnahmen weder in Landkäufen, in Inventarvergrößerungen noch in Investitionen von Gebäuden anlegen kann.

Im Verlauf von 1940 wurden sogar Depositen in Höhe von 1 bis 1,5 Milliarden Lei abgehoben als Folge der de-facto-Abwertung des Lei, der allgemeinen wirtschaftlichen Unsicherheit nach den Gebietsabtretungen sowie der innerpolitischen Umwälzung.

Zur Förderung der Spartätigkeit stellte der Staat die Zinsen aus Bankeinlagen steuerfrei. Auch erhöhte das neue Bankgesetz vom Februar 1943 die zulässige Höchstgrenze für die Gesamteinlagen der Banken von dem neunfachen auf den zwölffachen Betrag des Aktienkapitals zuzüglich der Reserven.

Noch weniger als die Einlagen bei den Banken haben sich im Lauf des Krieges die Ausleihungen der Banken in Form von Wechseln und Kontokorrentkrediten erhöht. Die Liquidität der Banken ist infolgedessen sehr stark gestiegen.

Neuerdings ist die staatliche Finanzpolitik um eine sparsamere Verteilung der Kredite und weitgehende Beschränkung der Notenausgabe bemüht. So dürfen Kredite, die lediglich der Warenaufstapelung dienen und damit indirekt die Preissteigerung fördern, von den Kreditinstituten nicht mehr gewährt werden. In der ersten Hälfte des Jahres 1943 hat der Notenumlauf auch nur um 5 Milliarden Lei zugenommen; in der Zeit von Ende Juni bis Ende August dagegen stieg er im Zuge der Erntefinanzierung der Nationalbank um 11 auf 133,7 Milliarden Lei.

Staatliche Maßnahmen zur Beeinflussung der Preisentwicklung

Preispolitik

Schon bald nach Kriegsausbruch im Herbst 1939 sah sich die rumänische Regierung zu preispolitischen Maßnahmen veranlaßt. Zunächst glaubte man, das Preisproblem dadurch lösen zu können, daß man die Spekulation einzudämmen versuchte. So wurde im September 1939 ein Gesetz zur Einschränkung des Wuchers erlassen. Ihm folgte im November 1939 das

Antispekulationsgesetz, das die Gewinne der Großhändler auf 10 v. H. und die der Einzelhändler auf 12 v. H. begrenzte. Es verbot den Kettenhandel mit Waren des täglichen Bedarfs und ermächtigte das Wirtschaftsministerium, Höchstverkaufspreise für alle Bedarfsartikel festzusetzen. Es zeigte sich jedoch bald, daß eine Festsetzung von Höchstpreisen allein nicht ausreichte, um der Preissteigerung entgegenzuwirken. Die Funktionen des Wirtschaftsministeriums wurden daher im März 1940 auf eine umfassende Preiskontrolle ausgedehnt. Auch das Sabotagegesetz vom Oktober 1940 sollte weitere Preis erhöhungen verhindern, indem es den Unternehmern verbot, ohne Vorliegen zwingender Gründe ihre Produktion einzustellen oder zu verringern, und indem es die Kaufleute dazu verpflichtete, Waren in normalen Mengen aus ihrem Lager an die Käufer abzugeben. Um die Produktion zu kontrollieren, wurde dem Wirtschaftsministerium das Recht eingeräumt, für jedes Unternehmen einen Prüfungskommissar zu ernennen.

Von grundlegender Bedeutung für die Preispolitik des Landes und seine Wirtschaftspolitik überhaupt wurde das Gesetz zur Förderung der Produktion, zur Durchführung der Preisregelung und zur Unterbindung der Preistreiberei, das im Mai 1941, also kurz vor Eintritt Rumäniens in den Krieg gegen die Sowjetunion, erlassen wurde. Das Gesetz bot den Behörden weitgehende Handhaben für eine umfassende Wirtschaftslenkung. Auf Grund dieses Gesetzes wurden als Vorbereitung für die angestrebte allgemeine Preisstabilisierung die Preise aller Wirtschaftszweige geprüft. Das System der Höchstpreise wurde durch Kalkulationsvorschriften für Waren, für die keine amtlichen Preise festgesetzt wurden, erweitert und durch die Neubestimmung der Gewinnspannen ergänzt. Sie wurden für Fabriken mit 10 v. H., für Großhändler mit 14 v. H. und für Einzelhändler beim Verkauf von Lebensmitteln mit 20 v. H., von anderen Waren mit 30 v. H. festgesetzt.

Da alle erwähnten Maßnahmen nicht zum gewünschten Ziel führten, wurde am 4. Oktober 1941 ein allgemeiner Preisstop erlassen, der die Preise aller Waren, die Löhne, Gehälter und Tarife auf den Stand vom 1. September 1941 fixieren sollte. Leider war diesem Preisstop kein durchschlagender Erfolg beschieden. Die gestoppten Preise waren nicht aufeinander abgestimmt, so daß die Preise der Fertigwaren teilweise in keinem Verhältnis zu denen der Rohstoffe und Halbfabrikate standen. Bald darnach sahen sich die Industriebetriebe veranlaßt, beim Wirtschaftsministerium Genehmigungen zu Preis-

erhöhungen einzuholen, wozu sie zum Teil durch die Verteuerung der eingeführten Rohstoffe gezwungen wurden. Die weitere Verteuerung der Industriegüter erhöhte die Lebenshaltungskosten und machte neue Lohnerhöhungen notwendig. Auch die Preise für landwirtschaftliche Güter wurden von der allgemeinen Aufwärtsentwicklung ergriffen. Gestützt auf die bisherigen Erfahrungen, hat die Regierung Anfang Mai 1943 ein Gesetz zur Förderung der Produktion und zur Preislenkung erlassen, das sich eng an das Gesetz vom Mai 1941 anlehnt. Das neue Gesetz faßt alle bisherigen einschlägigen Bestimmungen zusammen, bringt sie miteinander in Einklang und schafft eine Reihe von Maßnahmen ab, die sich als unnötig oder unwirksam erwiesen haben. Es ermächtigt das Wirtschaftsministerium, in allen Bereichen der Wirtschaft auf dem Verordnungswege alle zur Lenkung, Einschränkung und Kontrolle der Erzeugung, des Verkehrs, der Zuteilung und des Verbrauchs von Waren und Erzeugnissen erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Das Wirtschaftsministerium ist berechtigt, Waren, Transportmittel, Lagerhäuser usw. zu requirieren, Personen zur Durchführung von Arbeitsleistungen zu verpflichten, von der Industrie und vom Bergbau ein Produktionsprogramm für die Dauer eines Jahres zu fordern oder ein solches selbst vorzuschreiben und mit den Landwirten Anbauverträge abzuschließen. Alle Produzenten, Händler und Gewerbetreibenden sind verpflichtet, die von den Behörden verlangten Unterlagen und gewünschten Auskünfte zu erteilen. Strafandrohungen (Geldstrafe, Internierung in Arbeitslagern und Todesstrafe) sollen die Wirksamkeit des Gesetzes sichern; sie beziehen sich auch auf das Fordern oder Zahlen von unerlaubten Spekulationspreisen und auf die Ausübung eines Gewerbes ohne entsprechende handelsrechtliche Befugnis.

Zur Durchführung der Preispolitik wurde im August 1942 beim Wirtschaftsministerium ein *Generalkommissariat für die Preisgestaltung* errichtet, das im Dezember 1942 durch ein Hauptkontrollamt erweitert wurde (die Preiskontrolle wird seitdem durch Staatsbeamte ausgeübt). Durch das jüngste Preisregelungsgesetz (vom Mai 1943) wurde dem Generalkommissariat die alleinige Befugnis zur Preisregelung und -kontrolle übertragen und ein *Ständiger Rat für die Normalisierung der Buchhaltung der Unternehmungen* beigeordnet. Der Einrichtung dieses Kommissariates gingen während des Krieges Planwirtschafts- und Versorgungsämter voraus.

Wenn der staatlichen Preispolitik in Rumänien bisher der erhoffte Erfolg versagt geblieben ist, so

ist die Ursache dafür weniger in den gesetzgeberischen Maßnahmen zu suchen, als vielmehr im Fehlen eines umfassenden verwaltungstechnischen Unterbaus, um die Gesetze durchzuführen und deren Befolgung ständig und auf allen Gebieten zu überwachen. Nur vereinzelt wurden Exempel statuiert. Zum Teil gingen die Preisbehörden mit ihren Forderungen an die Grenze des Möglichen, wenn sie etwa Preise für Fertigprodukte festsetzten, die den tatsächlichen Herstellungskosten nicht entsprachen. In solchen Fällen verschwanden die Waren vom regulären Markt und erschienen am Schwarzen Markt.

Ein Beispiel für die Wirkung nicht aufeinander abgestimmter Höchstpreise boten im Frühjahr 1943 der Milchmarkt und der Markt für Molkereierzeugnisse: Als ein neuer Höchstpreis für Frischmilch festgesetzt wurde, ohne daß gleichzeitig auch die Preise für Molkereierzeugnisse entsprechend erhöht wurden, verbesserte sich die Versorgung mit Frischmilch, während die Molkereierzeugnisse vom Markt verschwanden.

Der Schwarze Markt spielt in Rumänien nach wie vor eine bedeutende Rolle. Allerdings kommt ihm nicht die Bedeutung zu wie in anderen südosteuropäischen Staaten, da die staatlich festgesetzten Preise von Zeit zu Zeit den Preisen auf dem Schwarzen Markt angeglichen werden, worauf die betreffenden Waren wieder auf dem regulären Markt erscheinen. Auch die Versorgungslage ist im allgemeinen günstiger als in den südlichen Balkanländern.

Der tiefere Grund für das Versagen der staatlichen Preispolitik liegt im Fehlen eines umfassenden Bewirtschaftungs- und Verteilungssystems und einer straffen Lenkung der Produktion. Die Preisüberwachung ist nur ein Glied in der Kette einheitlicher Planung und Lenkung von Produktion, Verteilung und Verbrauch.

Produktionslenkung, Bewirtschaftung und Verteilung der Waren

Ansätze zur Produktionslenkung, Warenbewirtschaftung und -verteilung sind in Rumänien vorhanden. Der Landwirtschaft wird heute von Staats wegen Fruchtfolge, Größe der Anbauflächen, Art und Menge der anzubauenden Kulturen und der an den Staat abzuliefernden Mengen vorgeschrieben. Bisher blieben jedoch die angebauten Flächen teilweise und die abgelieferten Mengen in der Regel weit hinter dem Soll zurück. Auf industriellem Gebiet kontrolliert der Staat vor allem die Erdölindustrie. Die Rüstungsindustrie untersteht der Aufsicht des Heeresministeriums; im übrigen beschränkt sich der Staat auf eine Bewirtschaftung der wichtigsten Rohstoffe wie Metalle, Leder, Wolle, Kautschuk und Pflanzenöl.

Am stärksten ausgebaut ist die staatliche Überwachung des Außenhandels. Sie arbeitet bei der Ein-

fuhr mit einem allerdings gelockerten Kontingentierungssystem. Für die Ausfuhr besteht ein allgemeines Verbot, Rohstoffe auszuführen, die im Inland benötigt werden. Daneben werden je nach der Versorgungslage besondere Ausfuhrverbote für einzelne Waren erlassen. Jede Warenausfuhr bedarf grundsätzlich der Genehmigung des Wirtschaftsministeriums.

Um allgemein die Versorgung der Armee und der Bevölkerung sicherzustellen, wurden je nach Marktlage und Bedarf die vorhandenen Vorräte staatlich blockiert. Für den Handel mit Getreide und Hülsenfrüchten wurde ein staatliches Monopol geschaffen, das aber im Sommer 1943 wieder stark gelockert worden ist.

Einer allgemeinen Rationierung auch nur der wichtigsten Bedarfsartikel stellen sich in Rumänien wie in allen Agrarländern große Schwierigkeiten entgegen: sie ergeben sich vor allem aus den großen Unterschieden, die im Verbrauch der einzelnen Lebensmittel bei den verschiedenen Bevölkerungsschichten, ferner zwischen Stadt und Land und zwischen den einzelnen Gegenden des Landes bestehen. Die „Normalration“ würde für den einen Haushalt überreich, für den anderen viel zu knapp sein. Man hat daher von einer allgemeinen Warenbewirtschaftung abgesehen. Nur Speiseöl, Zucker und Brot waren rationiert, sind aber auf Grund der guten diesjährigen Ernte freigegeben worden. Um den zeitweiligen Mangel an anderen Lebensmitteln zu lindern, wurden besondere Maßnahmen getroffen, wie z. B. die Einführung von fleischlosen Tagen oder die Verpflichtung zur Herstellung und ständigen Vorratshaltung von Volksfleischwaren in den Schlächterläden, von Einheitsmehl in den Bäckereien. Der Bekleidungsindustrie und der Schuhindustrie wurde die Produktion und Vorratshaltung von Standardschuhen und Standardstoffen zu festen Preisen zur Pflicht gemacht. Die Standardschuhe und Standardstoffe haben sich jedoch nicht überall einzubürgern vermocht, so daß dadurch der Mangel auf dem Gebiete der Bekleidung nicht gänzlich behoben werden konnte. Lederschuhe und Wollstoffe sind nur zu sehr hohen Preisen käuflich, daher für den größten Teil der Bevölkerung unerreichbar. Im Jahre 1942 wurde für Schuhe das Bezugscheinsystem eingeführt.

Eine fühlbare Hilfe in der Versorgung der städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten bildet die gesetzliche Verpflichtung aller Betriebe mit mehr als 50 Gefolgschaftsmitgliedern, diese im Wege des Gemeinschaftseinkaufs mit den lebensnotwendigen Gütern zu versorgen. Auch die Genossenschaften sind

für die Versorgung der weniger bemittelten Bevölkerungsschichten tätig.

Finanzpolitik und Kaufkraftabschöpfung

In Rumänien liegt, wie in allen südosteuropäischen Ländern, das Schwergewicht der Besteuerung bei den indirekten Steuern, da die vorwiegend agrarische Struktur dieser Volkswirtschaften einen stärkeren Ausbau der direkten Besteuerung, namentlich der Einkommensbesteuerung, praktisch unmöglich macht. Zudem würde eine Erhöhung der direkten Steuern nicht zu dem gewünschten Erfolg führen, da die Hauptmasse der Einkommen sich aus mittleren und kleinen Einkommen zusammensetzt. Die indirekten Steuern sind somit in Rumänien geeigneter, dem Staat zusätzliche Einnahmen im Kriege zu verschaffen. Diesem Vorteil steht der Nachteil gegenüber, daß ein Steuersystem, das sich in der Hauptsache aus indirekten Steuern zusammensetzt, nur sehr unvollkommen geeignet ist, die sich im Kriege bildende überschüssige Kaufkraft der Bevölkerung abzuschöpfen. Da in Rumänien die indirekten Steuern insbesondere von den lebensnotwendigen Gütern erhoben werden und wiederholt erhöht worden sind, haben sie zu der Verteuerung der Lebenshaltung der Bevölkerung beigetragen. Als Ausgleich hierzu sind öfters Lohnerhöhungen erforderlich geworden, die wiederum preissteigernd gewirkt haben. Diese lohn- und preiserhöhende Wirkung der indirekten Besteuerung hat die ursprünglich erzielte Wirkung der Kaufkraftabschöpfung stets weitgehend wieder aufgehoben. So brachten zwar die indirekten Steuereingänge dem rumänischen Fiskus während des Krieges erhebliche Mehreinnahmen, ohne daß damit aber eine wirksame Abschöpfung größeren Umfanges verbunden gewesen wäre.

Vor dem Krieg (1937/38) betragen die Einnahmen aus direkten Steuern ungefähr ein Drittel, die Einnahmen aus indirekten Steuern rund zwei Drittel des Gesamtsteueraufkommens (vgl. Übersicht IX). Die Besteuerung im Kriege mußte daher

in Rumänien in der Hauptsache auch an die indirekten Steuern anknüpfen. Der Ertrag der gesamten indirekten Steuern hat sich von 1939/40 bis 1942/43 mehr als verdreifacht; die Steigerung hat offenbar in verschärftem Tempo bis in die Gegenwart angehalten. Der Ertrag aller indirekten Steuern ist von 1942 auf 1943 (soweit bereits Zahlen vorliegen) weiter sehr stark gestiegen. Diese Entwicklung geht in der Hauptsache auf die Erträge der Umsatzsteuer zurück. Der Anstieg der Erträge der Umsatzsteuer hängt einmal mit der allgemeinen Preissteigerung zusammen. Darüber hinaus sind aber auch die Besteuerungssätze stark erhöht worden. Die Steuer wurde ferner durch eine Kriegsteuer (außerordentliche Steuer für Heeresausrüstung und Landesverteidigung) ergänzt, die ursprünglich (im Jahre 1940) 2 v. H. betrug, im April 1941 auf 4 v. H. und im Dezember 1942 auf 5 v. H. erhöht worden ist. Von dieser Steuer sind nur einige lebenswichtige Waren befreit.

Der zweitwichtigste Posten innerhalb der indirekten Steuern sind die Zölle, unter denen die Ausfuhrabgaben eine nicht geringe Rolle spielen. Auch bei ihnen sind die Sätze im Laufe des Krieges verschiedentlich sehr stark erhöht worden. Das Aufkommen aus den Zöllen hat sich von 1939 bis 1942 annähernd verfünffacht.

Die eigentliche Verbrauchsbesteuerung erfaßt neben den hauptsächlichsten Gütern des täglichen Bedarfs auch einige industrielle Rohstoffe. Von allen der Verbrauchsabgabe unterliegenden Produkten hat die Besteuerung von Erdölprodukten und Zucker die größten Einnahmen erbracht. Die Sätze wurden vor allem Ende 1942 und im April 1943 außerordentlich erhöht, so daß der Steuerertrag, der sich bis dahin nur wenig verändert hatte, erheblich angestiegen ist.

Besonders stark werden die Erdölprodukte mit Steuern belastet. Sie sind die Haupteinnahmequelle des Staatshaushaltes. So betrug 1942 der Anteil der indirekten Steuern auf Erdölprodukten an den inländischen Verkaufspreisen bei Benzin 85 v. H.

Ordentliche Staatseinnahmen Rumäniens in Millionen Lei

[Übersicht IX]

Wirtschaftsjahr ¹⁾	Gesamteinnahmen ²⁾	Davon							
		direkte Steuern	indirekte Steuern	davon			Stempel- und Eintragungsgebühren	Monopole ⁴⁾	Sonstige
				Zölle	Verbrauchssteuern	Umsatzsteuern			
1937/38	27.601	4.995	10.363	1.512	3.799	4.187	2.941	5.421	2.241
1938/39	31.675	7.523	12.269	1.325	5.100	4.951	3.553	5.429	1.288
1939/40	35.119	7.060	13.958	1.672	5.400	5.785	4.638	5.909	2.304
1940/41	40.740	7.668	14.073	2.208	4.958	6.360	5.350	6.193	3.647
1941/42	66.318	10.768	21.211	³⁾	³⁾	³⁾	9.172	14.249	4.841
1942/43	112.878	16.728	46.275	12.338	9.019	24.778	15.046	26.456	6.250
1943/44 ³⁾	23.265	3.690	10.464	3.423	1.978	5.065	2.981	4.886	910

¹⁾ 1. April bis 31. März. — ²⁾ 1. April bis 31. Mai. — ³⁾ Einschließlich alter Forderungen der geschlossenen Budgets. — ⁴⁾ Einschließlich der Überschüsse der autonomen Staatsunternehmungen. — ⁵⁾ Nach den monatlichen Angaben: 7083 Millionen Lei Zölle, 5520 Millionen Lei Verbrauchssteuern und 13.511 Millionen Lei Umsatzsteuern.

(Benzin gilt als Luxusware), bei Petroleum 61 v. H., bei Gasöl 66 v. H., bei Pakura 51 v. H.

In geringem Maße trugen die Gebühren und Beiträge zur Abschöpfung von überschüssiger Kaufkraft bei. Die Sätze wurden mehrfach während dieses Krieges erhöht, so daß die Einnahmen aus diesen Abgaben von 3,6 Milliarden Lei im Jahre 1938/39 auf 15,0 Milliarden Lei im Jahre 1942/43 stiegen (vgl. Übersicht IX).

Die direkten Steuern haben für die Abschöpfung der Kaufkraft eine geringe Rolle gespielt, da sie, wie erwähnt, im rumänischen Steuersystem von untergeordneter Bedeutung sind. Erhöht wurde unter anderem die Besoldungssteuer für hohe Gehälter, die Steuer für freie Berufe, die Mobiliarsteuer sowie die Grundsteuer auf landwirtschaftlichen Besitz von über 10 Joch (die Sätze wurden für das laufende Finanzjahr um 50 v. H. heraufgesetzt). Außerdem wurden Zusatzquoten auf schon bestehende Steuern neu eingeführt oder erhöht, deren Erträge verschiedenen Fonds, vor allem für die Landesverteidigung und Aufrüstung, zugeführt wurden. Es wurden einige direkte Steuern während des Krieges neu eingeführt, wie z. B. die Junggesellensteuer, die Steuer von außerordentlichen Gewinnen; sie brachten dem Staatshaushalt jedoch nur geringe Einnahmen.

Im September dieses Jahres wurden auf dem Gebiet der direkten Steuern fühlbare Erleichterungen eingeführt. Es wurden die Steuersätze bei der Lohn- und Gehaltsteuer, bei der Handels- und Industrie- und anderen direkten Steuern wesentlich herabgesetzt. Die gewährten Steuererleichterungen erreichen durchschnittlich die Höhe von 20 v. H. der bisherigen Besteuerung. Die Senkung der Sätze für einige direkte Steuern wurde notwendig, um die Einkommen den gesteigerten Lebenshaltungskosten anzupassen: Die bisherigen Steuersätze, die progressiv mit der Höhe des Einkommens zunahm, erwiesen sich bei der nominellen Erhöhung aller Einkommen als zu hoch. Diese Steuererleichterungen stehen in engem Zusammenhang mit der Erhöhung der staatlichen und privaten Gehälter im September dieses Jahres. Der Anteil der direkten Steuern am gesamten Steueraufkommen wird durch diese neuesten finanzpolitischen Maßnahmen noch geringer werden. Daß der Fiskus noch mehr als bisher das Schwergewicht seiner Besteuerung auf die indirekten Steuern zu legen gedenkt, geht daraus hervor, daß er als Ausgleich für den Einnahmefall verschiedene indirekte Steuern zu erhöhen beabsichtigt.

Dem gegenüber hat die Auflegung von Anleihen im Inland unzweifelhaft die Wirkung einer Abschöpfung von überschüssiger Kaufkraft. Die ein-

zige staatliche Anleihe im Kriege wurde nach der Wiedereingliederung von Bessarabien und der Bukowina 1941 als Wiederaufbauanleihe aufgelegt. Sie sollte die damals auf 40 Milliarden Lei geschätzten Hortungen in die Staatskasse überführen, um sie zur Finanzierung des Krieges und zum Wiederaufbau der eingegliederten Gebiete verwenden zu können. Da der Umfang der Zeichnungen stark hinter den Erwartungen zurück blieb, wurde sie in eine Zwangsanleihe umgewandelt und schließlich im März 1942 für die Personen, die sich der Zeichnung entzogen hatten, durch eine Sondersteuer der Wiedervereinigung ergänzt. Die Wiederaufbauanleihe hat 18 Milliarden Lei erbracht.

Daneben wurden kurzfristige Schatzscheine emittiert. Die zu Beginn des Krieges ausgegebenen Schatzbons mit drei- bis fünfjähriger Laufzeit erbrachten bis zum April 1940 rund 13 Milliarden Lei. Im Dezember 1942 wurde alsdann eine erste Tranche von staatlichen Kassenscheinen im Betrage von 10 Milliarden Lei aufgelegt, für die die Wirkung der Kaufkraftabschöpfung jedoch zweifelhaft ist, da sich die Nationalbank bereit erklärt hat, sie vor Fälligkeit einzulösen.

Im ganzen waren die Kapitalmarktoperationen des Staates für die Kriegsfinanzierung nicht sehr bedeutend.

* *

*

Als Ergebnis dieser Untersuchung kann festgestellt werden, daß die rumänische Preissteigerung in viel stärkerem Maße durch die unaufhörliche Vermehrung der Zahlungsmittel verursacht worden ist als durch den Rückgang der Produktion und der Einfuhr. Das zur Kriegsfinanzierung erforderliche neu geschöpfte Geld tritt dabei vorwiegend auf den Konsumgütermärkten als Kaufkraft auf, da es in nur ungenügendem Umfang zu den Banken in Form von Einlagen zurückströmt, und überdies das rumänische Besteuerungssystem zur Kaufkraftabschöpfung nur wenig geeignet ist. Dieser wachsenden Kaufkraft steht kein entsprechendes Güterangebot gegenüber, da die Produktion für den privaten Konsum zugunsten des Heeresbedarfs gedrosselt werden mußte. Die sich aus dem Zusammenwirken dieser Faktoren ergebende Aufwärtsbewegung der Preise konnte durch die staatliche Preispolitik nur wenig gehemmt werden, da eine wirkungsvolle Preiskontrolle und — was mindestens ebenso bedeutungsvoll ist — eine strenge Bewirtschaftung und Rationierung in einem Lande überwiegend agrarwirtschaftlicher Struktur auf große, ja wie es scheint, unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

*Anmerkungen zu den nachstehenden Tabellen:***Ungarn:**

1) Monatsende. — 2) Staatliche und private Geldforderungen. — 3) 5%ige Zwangsanleihe 1924, Monatsdurchschnitt nach Notierung an der Budapester Börse, Angabe der Nationalbank. — 4) Originalbasis 1926, Magyar Statisztikai Szemle. — 5) Postsparkasse. — 6) Neuberechnung des Statistischen Zentralamtes. — 7) Index des Statistischen Zentralamtes, Originalbasis 1913. — 8) Verhältnis zwischen Preisen für landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Erzeugnisse. — 9) Fabriksindustrie. — 10) Einschließlich Wohnbautätigkeit. — 11) Ohne Wohnbautätigkeit. — 12) Berechnung des Ungarischen Institutes für Wirtschaftsforschung. — 13) Arbeiterstand der Fabriksindustrie, der Hütten und des Handwerks in ganz Ungarn. — 14) Monatsdurchschnitte aus Jahres- bzw. Vierteljahressummen. — 15) Ab Januar 1938 einschließlich Ostmark. — 16) Ab November 1938 einschließlich des zurückgegliederten Nordgebietes und Karpatenlandes, ab Oktober 1939 einschließlich Ostungarn und Nordsiebenbürgen und ab Mai 1941 einschließlich der zurückgewonnenen Südgebiete.

Slowakei:

1) Stand am Jahres-, bzw. Monatsende. — 2) Anfang des folgenden Monats. — 3) Monatsmitte.

Kroatien:

1) Anfang des folgenden Monats. — 2) Berichte des kroatischen Staatsinstitutes für Sozial- und Wirtschaftsforschungen.

Jugoslawien (ehemal.):

1) Monatsende. — 2) 7%ige Investitionsanleihe 1921, ohne Berücksichtigung des Kursgewinnes oder -verlustes bei der Einlösung, Monatsdurchschnitt, Nationalbank. — 3) Allgemeine Sparkassen und Postsparkasse. — 4) Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften, Vierteljahressummen, bzw. Durchschnitt aus Vierteljahressummen. — 5) 20 größere Banken. — 6) Monatsanfang. — 7) Die Zahl innerhalb der Klammer gibt die Bevölkerungszahl in 1000 nach dem letzten Berichte an. — 8) Einschließlich Gold und Silber. — 9) Für die Monatsdurchschnitte ist das jeweilige Finanzjahr (beginnend am 1. April des betreffenden Jahres) zugrunde gelegt worden. — 10) Ab Januar 1938 einschließlich Ostmark.

Rumänien:

1) Monatsende. — 2) Am 9. November 1936 Goldbestände gemäß Erhöhung des Goldankaufspreises (um 38 v. H.) neu bewertet. — 3) Einschließlich Devisen auf Clearingkonto. — 4) Vom Markt begleichbar. Stand am Jahresende. — 5) Staats- und Kommunalanleihen, Pfandbriefe; auf Grund der Notierungen an der Bukarester Börse. Ab 1934 ohne Auslandsanleihen. — 6) Völkerbund. — 7) Neugründungen und Kapitalerhöhungen von Aktiengesellschaften. — 8) Allgemeine Sparkassen. — 9) Allgemeines Statistisches Staatsamt. — 10) Nur die bei den staatlichen Arbeitsämtern eingetragenen Arbeitslosen, ohne die gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen. Die Zahl innerhalb der Klammer gibt die Bevölkerungszahl in 1000 nach dem letzten Berichte an. — 11) Benzin, Petroleum, Gasöl, Schmieröl, Mazut. — 12) Brennholz, Bauholz (Laubholz), Nadelholzbretter. — 13) Ab Januar 1938 einschließlich Ostmark. — 14) Ab Oktober 1939 ohne die abgetretenen Gebiete.

Bulgarien:

1) Monatsende. — 2) Berichte der Nationalbank. — 3) Gesamte Nettoeinlagen in Bulgarien. — 4) Arbeiterhaushalt 3—4 Personen. — 5) Neuregistrierte Arbeitslose nach der Statistik des Arbeitsamtes am Monatsende. Die Zahl innerhalb der Klammer gibt die Bevölkerungszahl in 1000 nach dem letzten Berichte an. — 6) Dir. Gén. de la Statistique, Sofia; für 1936: Juli bis Dezember. — 7) Wert nach Ausschaltung der Preisschwankungen. — 8) Einschließlich Einnahmen, bzw. Ausgaben der Eisenbahnen und Häfen. — 9) Ab Januar 1938 einschließlich Ostmark. — 10) Ab Mai 1941 ohne die Okkupationsgebiete.

Griechenland:

1) Monatsende. — 2) Einschließlich Vorschüsse an den Staat. — 3) Internationales Institut für Sparwesen, Mailand. — 4) 44 Städte. — 5) Einschließlich Gold und Silber. — 6) Ab Januar 1938 einschließlich Ostmark. — 7) Nach Presse-notizen.

Türkei:

1) Monatsende. — 2) Ankara. — 3) Eregli-Zonguldak-Becken. — 4) Einschließlich Gold und Silber. — 5) Eisen, Stahl und Maschinen. — 6) Ab Januar 1938 einschließlich Ostmark.

Wirtschaftszahlen der Südostländer

Table with multiple columns: Nationalbank, Gold- und Devisenbestand, Wechselbestand, Notenumlauf, Giroverbindlichkeiten, Clearingumsätze, Bankrate, Rendite festverzinslicher Werte, Index der Aktienkurse, Spareinlagen, Gesamt, Agrarprodukte, Industrielle Rohstoffe, Lebenshaltungskosten, Kaufkraft der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, Gesamt, Produktionsgüter, Verbrauchsgüter, Schwerindustrie, Textilindustrie, Arbeiterstand, Lohn- und Gehaltssumme, Beförderte Güter, Außenhandel (Einfuhr, Ausfuhr), Handel mit Deutsch-land, Gesamt, Rohstoffe u. halbfertige Waren, Fertigwaren, Landwirtschaftliche Erzeugnisse, Industrielle Fertigwaren, Einfuhr, Ausfuhr.

Ungarn¹⁶⁾

Slowakei

Kroatien

Jugoslawien (ehemal.)

Table with multiple columns: Nationalbank, Gold- und Devisenbestand, Wechselbestand, Notenumlauf, Bankrate, Gesamt, Nahrungs- und Genußmittel, Industriestoffe und Produkte, Lebensmittel-Kleinhandelsindex, Einfuhr, Ausfuhr, Lebenshaltungskosten, Braunkohle, Lignit, Eisenerz, Bauxit, Förderung von, Gold und deckungsfähige Devisen, Sonstige Devisen, Wechsel und Vorschüsse, Notenumlauf, Giroverbindlichkeiten, Bankrate, Börsenumsätze, Rendite festverzinslicher Werte, Spareinlagen, Emissionen, Depositen, Ausleihungen, Außenhandel, Handel mit Deutsch-land.

Sachgliederung

	Seite		Seite
A			
<i>Anglo Anatolian Corp. Ltd.</i> , London	87	noch: Bulgarien	
Ausfuhr		Verkehr	
bulgarische	36, 61, 100, 128, 151	Außenhandel nach Verkehrswegen	10
griechische	36, 61, 100, 128, 151	Eisenbahnen siehe unter Eisenbahnen	
jugoslawische	35, 60, 99, 127, 150	Schifffahrt, Anteil am Güterverkehr	10
rumänische	35, 60, 99, 127, 150	Tarifpolitik	10—13
slowakische	98, 126, 149	Volkseinkommen, Anteil der Ausfuhr (1925)	9
türkische	36, 61, 100, 128, 151	— pro Kopf der Bevölkerung (1935)	104
ungarische	34, 59, 98, 126, 149	Wirtschaftszahlen	35, 60, 99, 127, 150
— wichtiger Bergbauprodukte der Türkei nach Ländern (1936—1940)	73	C	
—, Anteil am Volkseinkommen der Südostländer	9	<i>Cenubi Anadolou Maden Sirketi</i> (Türkei)	87
Außenhandel		D	
Reis im Weltverkehr	37, 38	Deutschland	
Südosteuropa, Anteil am Eisenbahnverkehr	6, 9	Außenhandel, Anteil am Eisenbahnverkehr	6
nach Verkehrswegen	10	Berufstätige im Bergbau	65
Türkei, Stellung des Bergbaues im — (1936—1940)	71	— in der Landwirtschaft	102
B			
<i>Bagdadbahn</i>	2, 3, 29, 76	Donauland	
Bergbau, der türkische, und seine wirtschaftlichen Probleme	63—96	Bevölkerung	
Bevölkerung, landwirtschaftliche, und Vergewerblichung im Donauland	46—57	Bergbauerntum und Vergewerblichung	48
<i>Borax-Consolidated Ltd.</i> , London	93	Dichte	49
Bulgarien		Jugendliche in der Landwirtschaft	53
Außenhandel nach Verkehrswegen	10	Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren in v. H. der Gesamtbevölkerung	54
Bevölkerung		Kinder und Jugendliche, Anteil an der Ge- samtbevölkerung nach Gemeindegruppen 51, 52, 55, 56, 57	
Dichte	4	Kinder und Jugendliche, Anzahl der, aufge- teilt nach Gemeindegruppen	52
Landwirtschaftliche Übervölkerung	41	Kinderfreudigkeit und Nachwuchsfrage im Bauerntum	51
Eisenbahnen (siehe auch Südosteuropa)		— und Verkehrslage	55
Entwicklungsgeschichte der —	2—4, 20—32	— im Alpenland, vgl. mit Wald- und Mühl- viertel	55
Zeittafel zur —	20—32	Kinderzahl in Land- und Stadtgemeinden	53, 56
Gütertarife	10—17, 137	Landflucht	46, 49, 51, 53, 54, 56
Frachtsätze einiger wichtiger Waren 11, 13, 15, 137		„Flucht aus der Landwirtschaft“	46
Güterverkehr	5, 9, 14	— landwirtschaftliche, Anteil an der Gesamt- bevölkerung im Donauland . in der Schleife	
Einnahmen aus dem —	14	—, Anteil nach Gemeindegruppen	47
zwischenstaatlicher —	9	—, und Vergewerblichung im Donauland	46—57
Landwirtschaft		Siedlungsform und Berufszugehörigkeit	46
Bewässerungswirtschaft	40, 42	Vergewerblichung	47, 48
<i>Wassersyndikate</i>	40	— und Bergbauerntum	48
Reis	39—42	— und Verkehrsentwicklung	48
Anbaufläche und Ernteerträge	39, 40, 41	Verstädterung	46
Anbaugebiete	41	Wanderbewegung	49, 51, 53, 54
Ausfuhr	37, 38, 42	Wirtschaftskreise und Siedlungstypen	50
Erzeugung	41	Wirtschaftsstruktur	56
Reisbaugenossenschaften	42	Eisenbahnen (im Vergleich zu den Bahnen der Süd- ostländer)	
Rückgegliederte Gebiete	42	Auslandsverkehr	6, 9
Verbrauch	38	Bau- und Betriebsgestaltung	6
Übervölkerungsproblem	41		
Mazedonien	32, 42, 43		
Thrazien	32, 42, 43		

	Seite		Seite
noch: Deutschland		noch: Griechenland	
Gütertarife	10—17, 137	Landwirtschaft	
Frachtsätze einiger wichtiger Waren	11, 13, 137	Reis	
Güterverkehr	5, 6, 9, 13, 14	Anbaufläche und Ernteerträge	39, 42
Binnenverkehr	6	Anbaugebiete	41, 43
Einnahmen aus dem —	13, 14	Einfuhr	38
zwischenstaatlicher —	6, 9	Erzeugung	42
Personalaufwand und -stand	7	Verbrauch	38
Personenverkehr	6	Schiffahrt, Anteil am Verkehr	I, 9, 10
Streckennetz, Ausnutzung	5	Volkseinkommen, Anteil der Ausfuhr am	9
—, Dichte (1936)	5	Wirtschaftszahlen	36, 61, 100, 128, 151
Reisverbrauch	38	Großbritannien	
Sozialpolitik (im Vergleich zu Ungarn)		Sozialpolitik (im Vergleich zu Ungarn)	
Leistungen der Krankenversicherung	III	Reallöhne der Industriearbeiter in London	
		(1936—1939)	105
		Stundenlöhne der Industriearbeiter in London	
		(1936—1939)	104
		I	
		Italien	
		Reis	
		Anbaufläche und Ernteerträge	37, 38, 40
		Ausfuhr	38
		Bewässerungssyndikat	39
		Erzeugung	37, 38, 39, 40, 124
		Verbrauch	38
		J	
		Japan, Reisverbrauch	37
		Jugoslawien (ehem.)	
		Außenhandel, Anteil am Eisenbahnverkehr	6, 9
		nach Verkehrswegen	10
		Eisenbahnen (siehe auch Südosteuropa)	
		Entwicklungsgeschichte der —	2—4, 20—32
		Zeittafel zur —	20—32
		Gütertarife	10—17, 137
		Frachtsätze einiger wichtiger Waren	11, 13, 16, 137
		Güterverkehr	5, 6, 9, 14
		Binnenverkehr	6
		Einnahmen aus dem —	14
		zwischenstaatlicher —	6
		Sandschakbahn	2, 27
		Landwirtschaft	
		Reis	
		Anbaufläche und Ernteerträge	39, 42
		Anbaugebiete	41, 42
		Einfuhr	38
		Erzeugung	42
		Verbrauch	38, 42
		Verkehr	
		Außenhandel nach Verkehrswegen	10
		Eisenbahnen siehe unter Eisenbahnen	
		Schiffahrt, Anteil am Güterverkehr	9, 10
		Tarifpolitik	7, 10, 13
		Volkseinkommen, Anteil der Ausfuhr am (1925)	9
		— pro Kopf der Bevölkerung (1926)	104
		Wirtschaftszahlen	34, 59, 98, 126, 149
		K	
		Karabük, Eisen und Stahlwerk von (Türkei)	72, 75, 83, 84, 86
		Kohlenbahn (Türkei)	70, 77

Einfuhr

bulgarische	36, 61, 100, 128, 151
griechische	36, 61, 100, 128, 151
jugoslawische	35, 60, 99, 127, 150
rumänische	35, 60, 99, 127, 150
slowakische	98, 126, 149
türkische	36, 61, 100, 128, 151
ungarische	34, 59, 98, 126, 149
— von Reis nach Südosteuropa	38

Eisenbahnen (siehe auch Südosteuropa)

Grundlagen und Wesensmerkmale der — des Südoststraumes	I—19
Zeittafel zur Entwicklung der — im Südostraum (1825—1942)	20—32
EtiBank (Türkei)	68, 70, 77, 79, 84, 86, 88, 89, 90

Europa

Löhne Mittel- und Westeuropas (im Vergleich zu Ungarn)	104
Reiswirtschaft	
Anbaufläche und Ernteerträge	37, 38
Außenhandelsbewegung	37, 38
Erzeugung	37, 38
Verbrauch	38

F

Frankreich	
Sozialpolitik (im Vergleich zu Ungarn)	
Reallöhne der Industriearbeiter in Lyon (1936, 1938)	105
Stundenlöhne der Industriearbeiter in Lyon (1936, 1938)	104

G

Generalkommissariat für die Preisgestaltung (Rumänien)	138, 144
Griechenland	
Außenhandel nach Verkehrswegen	10
Eisenbahnen (siehe auch Südosteuropa)	
Entwicklungsgeschichte der —	2—4, 20—32
Zeittafel zur —	20—32
Gütertarife	14, 137
Frachtsätze	137
Güterverkehr	5, 9
nach wichtigen Waren	9
zwischenstaatlicher —	9

	Seite		Seite
Kroatien (siehe auch ehem. Jugoslawien)		noch: Rumänien	
Eisenbahnen: Gütertarife und Frachtsätze . . .	14, 137	Industrie	
Wirtschaftszahlen	98, 126, 149	Gründe für den Produktionsrückgang . . .	140, 141
		Rohstoffversorgung	140
L		—, Einfuhrabhängigkeit	140, 141
<i>Landesamt für Bewässerungswesen</i> (Ungarn)	122, 123, 124	— wichtiger Industriezweige	140, 141
<i>Landesfonds für Volks- und Familienschutz (ONCSA)</i>		Kaufkraftabschöpfung siehe unter Staatliche Maß-	
(Ungarn)	117—118	nahmen zur Beeinflussung der Preisentwicklung	
Löhne und Gehälter in Rumänien	138—139		146—147
		Kreditlage, Zunahme des Kreditvolumens . . .	141—143
M		Kriegsfinanzierung	141, 142, 146—147
<i>Maden Tetkik ve Arama (M. T. A.)</i> , Bergbauforschungs-		<i>Kasse für Finanzierung und Amortisierung</i> . . .	142
institut (Türkei)	78, 86, 87, 90	Landwirtschaft	
		Anbaufläche u. Hektarerträge seit Kriegsausbruch	140
P		Ernteergebnisse seit Kriegsausbruch . . .	139, 140
Portugal, Reisanbau	38	Preise siehe unter Preisentwicklung während des	
Preisentwicklung in Rumänien während des Krieges	129—147	Krieges	
		Produktionslenkung	145
R		Reis	
Reis		Anbaufläche und Ernteerträge	39, 44
Reisanbau in Südosteuropa s. unter Südosteuropa	37—45	Anbauggebiete	41, 44
<i>Reisbaugenossenschaften</i> (Bulgarien)	42	Bewässerungsanlagen	44
Rumänien:		Einfuhr	38, 44
Arbeitseinsatz	138	Reisschälindustrie	44
Ausfuhrabgaben und -zölle	133, 136, 146	Staatliche Förderungsmaßnahmen	44
„ drosselung landwirtschaftlicher Erzeugnisse	140	Verbrauch	38, 44
„ verbote	145	Löhne und Gehälter	138—139
„ anteil der wichtigsten Waren	9	Gehälter der Beamten und Privatangestellten . . .	139
Außenhandel		Kinder- und Teuerungszulagen	139
Anteil am Eisenbahnverkehr	6	Löhne	
Preise siehe unter Preisentwicklung während des		Erhöhungen, Höchst- und Mindestlöhne . . .	138
Krieges		Familien- und Kinderzulagen	138
Staatliche Überwachung	145	Spannung zwischen städtischen und landwirt-	
nach Verkehrswegen	10	schaftlichen Löhnen	139
Bevölkerung		Mieterschutzgesetze	132
Dichte	4	Nationalbank, Rumänische	142—143
nach Wirtschaftszweigen	138	Ansteigende zwischenstaatliche Clearingguthaben	142
Bewirtschaftung von Waren durch den Staat siehe		Finanzierung von öffentlichen Aufgaben	142
unter Staatliche Maßnahmen zur Beeinflussung		— von Staatsausgaben	142
der Preisentwicklung		Goldbestand	142
Einfuhrabgaben und Taxen	133	Sichtverbindlichkeiten, Zunahme der	143
„ rückgang von Rohstoffen	140	Wechselbestand und Wechselkredit, Zunahme	
Eisenbahnen (siehe auch Südosteuropa)		bzw. Ausweitung	142
Betriebskosten, Ansteigen der	137	Preisentwicklung während des Krieges . . .	129—147
Entwicklungsgeschichte der —	2—4, 20—32	— ab 1929	130
Zeittafel zur —	20—32	Preise (siehe auch Löhne)	
Gebietsveränderungen, Auswirkung der . . .	32, 137	Agrarpreise	131
Gütertarife	10—17, 137	Außenhandelspreise	131, 132, 133, 135, 136
Frachtsätze einiger wichtiger Waren	11, 13, 17, 137	Ausfuhrpreise für Getreide und Erdöl-	
Güterverkehr	5, 6, 9, 14	produkte	132, 133, 135, 136
Binnenverkehr	6	Einfuhrpreise	131, 132, 133
Einnahmen aus dem —	14	—, Auswirkung der Devisenbewirt-	
zwischenstaatlicher —	6, 9	schaftung	131
Investitionen	137	Einzelhandelspreise	130, 131, 132
Finanzpolitik des Staates und Kaufkraftabschöpfung		Großhandelspreise	129, 130, 131, 134
(siehe auch Staatliche Maßnahmen zur Beein-		Höchstpreise	144, 145
flussung der Preisentwicklung)	143, 146—147	Industriepreise	131, 133, 134
Gebietsveränderungen, Auswirkung der . . .	32, 119, 137,	Inlandpreise für Getreide und Erdölprodukte	
	139, 140		131, 134
Geldumlauf, Zunahme des Bargeldumlaufes . . .	141—143	Lebenshaltungskosten 130, 131, 132, 133, 138, 146	
		<i>Plafondpreise</i>	136
		Preisindizes (<i>Argus</i> und staatliches <i>Zentralinstitut</i>	
		<i>für Statistik</i>)	131, 132, 133, 136

	Seite
noch: Rumänien	
Preissteigerung seit Kriegsbeginn	129—139
Preisstop	144
Staatliche Maßnahmen zur Beeinflussung der Preisentwicklung	136, 143—147
Finanzpolitische Maßnahmen zur Kaufkraftabschöpfung	146—147
Preispolitische Maßnahmen und Gesetze	143—145
Generalkommissariat für die Preisgestaltung (VIII 1942)	138, 144
Ständiger Rat für die Normalisierung der Buchhaltung der Unternehmungen	144
Produktionslenkung, Bewirtschaftung und Verteilung der Waren	142, 145
Nationales Genossenschaftsinstitut	142
Rationierungs- und Bezugscheinsystem	145
Rumänisierungsaktion, Finanzierung der	142
Rumänisches Kreditinstitut	142
Spartätigkeit, Rückgang der	143
Einlagenstand bei den Handelsbanken und der Postsparkasse	143
Staatshaushalt	
Ausgaben	141
Einnahmen	141, 146
Staatsschuld, Anwachsen der	141, 142, 147
Auslandverschuldung: Investitionskredite	
Deutschlands	142
Inlandschuld: Wiederaufbauanleihe	147
Kassenscheine und Schatzscheine	147
Steuersystem	146, 147
Einnahmen (Erhöhungen)	141, 146, 147
Erleichterungen	147
Verbrauchssteuern, Bedeutung der	147
Zölle und Ausfuhrabgaben	133, 136, 146
Verkehr	
Außenhandel nach Verkehrswegen	9, 10
Eisenbahnen siehe unter Eisenbahnen	
Schifffahrt, Anteil am Güterverkehr	9, 10
Tarifpolitik	10—13, 137
Versorgungslage	140, 142, 145
Viehbestand	140
Volkseinkommen, Anteil der Ausfuhr (1925)	9
— pro Kopf der Bevölkerung (1938)	104
Wirtschaftszahlen	35, 60, 99, 127, 150

S

Sandschakbahn	3, 28
Sask Krom Türk Anonim Sirketi (Türkei)	86
Serbien (siehe auch ehem. Jugoslawien)	
Eisenbahnen	
Entwicklungsgeschichte der	2—4, 20—32
Zeittafel zur —	20—32
Gütertarife	14
Slowakei	
Eisenbahndichte (1941)	5
Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung (1940)	104
Société d'Héraclée (Türkei)	76
Sokony Vacuum Oil Company (Türkei)	82
Sozialpolitik, Probleme der ungarischen	101—118
Spanien, Reisanbau	38, 39, 40
Südosteuropa	
Ausfuhranteil am Volkseinkommen	9

	Seite
noch: Südosteuropa	
Außenhandel	
Ein- und Ausfuhr von Reis	37, 38, 42
nach Verkehrswegen	10
nach wichtigen Waren	9
Bergbauproduktion (1938), Stellung der Türkei in der Bevölkerung	
Dichte	4
Landwirtschaftliche Übervölkerung	40, 45
Eisenbahnen	1—32, 137
Auslandsverkehr	6, 9, 12, 14
Bau- und Betriebsgestaltung	6
Betriebsrechnung und Finanzierung	4, 6
Donaubrücken und -fähre	8
Entwicklungsgeschichte der —	2—4, 14, 20—32
Zeittafel zur —	20—32
Grundlagen und Wesensmerkmale der Eisenbahnen im Südostraum	1—19
Gütertarife	10—17, 137
Ausnahmetarife	12
Frachtsätze einiger wichtiger Waren	
11, 13, 15—17, 137	
Güterverkehr	5, 6, 9, 10, 14
Binnenverkehr	6, 9, 14
Einnahmen aus dem —	13
nach wichtigen Waren	9
zwischenstaatlicher —	6, 9, 10, 14
Lastkraftwagen, Wettbewerb mit	6, 9, 13
Investitionspolitik	6, 137
Personalstand	7
Personenverkehr	6
Schifffahrt, Einfluß auf die Eisenbahnverkehrsentwicklung	1, 9, 10
Schmalspurbahnen	8
Streckennetz, Ausnutzung	5
—, Dichte	5
Transitverkehr	9, 13, 14
Verkehrsleistungen	8
Landwirtschaft	
Reis	37—45
Anbauarten	39, 40, 42, 43
„ fläche und Ernteerträge (1929—1941)	39
„ gebiete	41
Außenhandel	
Ausfuhr	37, 38, 42
Einfuhr	37, 38
Strukturelle Wandlung i. d. Reiseinfuhr	38
Bewässerungsanlagen	39, 40, 42, 44
Erzeugung der Südostländer	39—44
Malariabekämpfung bei Sumpfreisanbau	
40, 42, 43, 44, 45	
Mechanisierung der Bodenbearbeitung	39
Reisschäl- und Mühlenindustrie	38, 42, 44
Staatliche Förderung	44, 45
Verbrauch	38
Verwertung	40
Raumgestalt	1
Verkehr	
Außenhandel nach Verkehrswegen	9, 10
Eisenbahnen siehe unter Eisenbahnen	
Lastkraftwagen im Wettbewerb mit Eisenbahnen	
6, 9, 13	

	Seite
noch: Südosteuropa	
Schifffahrt	
Anteil am Güterverkehr	1, 9, 10
Binnenschifffahrt	9, 10
Seeschifffahrt	1, 9, 10
Tarifpolitik	7, 10—14, 137
Ausnahmetarife	12
Verkehrsgeographische Struktur	1
Verkehrswirtschaftliche Struktur	4
Volkseinkommen, Anteil der Ausfuhr	9
— pro Kopf der Bevölkerung	104
Wirtschaftszahlen	33, 58, 97, 125, 148

T

Türkei

Arbeiterfragen (siehe auch Bergbau und Landwirtschaft)	65, 66, 77
Ausfuhr	
Programm	64, 70
wichtiger Bergbauprodukte nach Ländern (1936—1940)	73
Außenhandel	
Politik	64, 68, 70
Stellung des Bergbaus (1936—1940)	71
nach Verkehrswegen	9
Bergbau	63—96
Arbeitseinsatz	65—67, 77
Beschäftigungsstand im Bergbau	65
Mangel an bergmännischen Fachkräften	67, 77
Reserven für den Bergbau	65
Aufgaben im Rahmen des Nationalen Erneuerungsprogramms	64
Ausfuhrbegünstigungen für den Wettbewerb auf dem Weltmarkt	70, 72, 73
Ausfuhrminderung durch erhöhten Eigenverbrauch	72
Ausfuhr wichtiger Bergbauprodukte nach Ländern (1936—1940)	73
Auslandskapitalbeteiligung	63, 64, 67, 68, 69, 76, 82, 87, 91, 93, 94
Bergbauforschungsinstitut, <i>Maden Tetkik ve Arama (M. T. A.)</i>	78, 86, 87, 90
Berggesetz (Entwurf vom Mai 1942)	68
Dreijahresplan für den Bergbau	65, 72, 84, 89, 90
Investitionen, staatliche Investitionspolitik	67, 68
Kapitaleinsatz	67—69, 76, 96
Kapitalbildung durch den Staat	67
Privatkapital	67, 68, 76
Lagerstätten wichtiger Bergbauprodukte	66, 75—96
Löhne	70
Preispolitik des Staates	68, 69, 70
Produktion	
Bergbauprodukte	
Förderung wichtiger — (1913—1941)	74
Kohle	
Braunkohle (Lignit)	70, 74, 76, 77—79
Lagerstätten, Vorräte und Förderung	74, 76, 78
Staatliche Beteiligung (<i>Etibank</i>)	79
Verbrauch	70, 78

noch: Türkei

Steinkohle	64, 69, 70, 71, 72, 74, 75—77
Lagerstätten, Vorräte und Förderung	74, 76, 77
Ausfuhrschwankungen	69, 70, 71, 72, 76, 77
Kapitalproblem	69
Kohlenbahn	70, 77
Kokskohle	75, 96
Verbrauch, Wandlungen im	64, 70, 72, 76
Staatliche Lenkung, Zusammenfassung bei der <i>Etibank</i>	68, 77

Metalle

Antimon	69, 74, 91, 92
Arsen	69, 74, 91, 92
Blei-Zinkerze	64, 69, 74, 89—91
Lagerstätten, Vorräte und Förderung	74, 90
Ausfuhrabhängigkeit der Produktion	69, 91
Auslandskapitalbeteiligung	91
Preisentwicklung	90
Staatliche Einflußnahme (<i>Etibank</i>)	90
Verbrauch	91
Chromerz	63, 64, 67, 74, 84—87, 96
Lagerstätten, Vorräte und Förderung	74, 84, 85, 96
Auswirkung kriegsbedingter Ausfuhrschwierigkeiten	86
Förderungsanteil der wichtigsten Gesellschaften	87
Preisentwicklung	85
Staatliche Einflußnahme (<i>Etibank</i> und <i>Sark Krom Türk Anonim Sirketi</i>)	86
Verbrauch	85
Weltproduktion, Anteil an der	85
Eisenerz	69, 70, 74, 79, 82—84
Lagerstätten, Vorräte und Förderung	74, 82, 84
Erzbahnen und Transportanlagen	69, 70, 84
Kapitalproblem	69
Staatliche Einflußnahme (<i>Etibank</i>)	69, 84
Gold	89, 92
Kupfer	64, 69, 72, 74, 88, 89
Lagerstätten, Vorräte und Erzeugung	74, 89
Ausfuhr	71, 89
Erzbahn	89
Staatliche Einflußnahme (<i>Etibank</i>)	89
Mangan	69, 74, 87, 92
Lagerstätten, Vorräte und Förderung	74, 87, 92
Ausfuhrabhängigkeit	87
Auslandkapitalbesitz	87
Molybdän	74, 87
Nickel	74, 88
Quecksilber und Zinnober	74, 91, 92
Silber	89, 90, 92

	Seite
noch: Türkei	
Zink siehe unter Blei-Zinkerze	
	64, 69, 74, 89—91
Zinn	75
Sonstige mineralische Rohstoffe:	
Asbest	74, 94
Bauxit	92
Betonit	94
Borazit (Pandermit)	63, 67, 69, 74, 93
Erdöl	79, 82
Einfuhrbedarf	82
Produktion	79
Staatliche Bewirtschaftung (<i>Staatliches Petroleumamt</i>)	82
Kaolin	94
Magnesit und andere feuerfeste Bau- rohstoffe	67, 74, 93, 94
Meerscham	63, 74, 93, 94
Pandermit (Borazit)	63, 67, 69, 74, 93
Salz: Meersalz (Sumpfsalz), Steinsalz, Quellsalz	64, 74, 95, 96
Ausfuhrabhängigkeit	95
Erzeugung	74, 95
Saponit	94
Schmirgel	63, 67, 74, 93
Schwefel	74, 94, 95
Tonvorkommen, Schieferton, Betonit	94
—, Kostensenkung	70
—, Monopolstellung des Staates, Preispolitik	68, 69
—, Stellung der Türkei in der Bergbauproduktion Südosteuropas	96
—, Verkehrsschwierigkeiten, produktionshem- mende Auswirkungen	68, 70, 84, 90, 94
Staatliche Maßnahmen zur Förderung des Berg- baues	64, 65, 68, 70, 72, 76, 77, 79, 84, 86, 88, 89, 90, 91, 95, 96
Technisierung	69, 77, 79, 88, 89, 90
Verkehrerschließung, Wichtigkeit der	68, 69, 70, 72, 84, 89, 90, 94
Bevölkerung	
Dichte	4
Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen (1935)	65
Brennstoffversorgung	64, 70, 76, 78, 79
Umstellung auf Hausbrandkohle	70, 79
Eisenbahnen (siehe auch Südosteuropa)	
<i>Bagdadbahn</i>	2, 3, 29, 76
Entwicklungsgeschichte der —	2—4, 20—32, 70, 89
Zeittafel zur —	20—32
Erzbahnen	69, 70, 89
Güterverkehr	5, 6, 9
zwischenstaatlicher —	9
<i>Kohlenbahn</i>	70, 77
Industrie	
Industrialisierung	64, 68, 69, 70, 72, 78, 89, 94, 95
Eisen- und Stahlwerke von <i>Karabük</i>	72, 75, 83, 84, 86
Kupferraffinerien von <i>Ergani, Kuartshana</i> und <i>Murgul</i>	89
Schamottefabrik in <i>Karabük</i> (Plan)	94
Schwefeldestillieranlage von <i>Keçiborlu</i>	95
Kapitulationen, Auswirkungen auf das Handwerk	64

	Seite
noch: Türkei	
Landwirtschaft	
Arbeiterfrage	65
Bewässerungswirtschaft	44, 68, 74, 79
Brennstoffversorgung, Umstellung in der	79
Reis	38, 39, 43, 44, 45
Anbaufläche und Ernteerträge	38
Anbaugebiete	43
Einfuhr	38
Verbrauch	38
Nationales Erneuerungsprogramm, die Stellung des Bergbaues im,	64, 68
Schifffahrt, Anteil am Güterverkehr	1, 9, 10, 70, 72
Wirtschaftsstruktur, bestimmender Einfluß des Berg- baus	74
Wirtschaftszahlen	36, 61, 100, 128, 151
U	
U. G. I. R. Verband der rumänischen Industriellen	138
Ungarn	
Arbeitsfragen und Arbeiterschaft siehe unter Sozial- politik	101—118
Außenhandel, Anteil am Eisenbahnverkehr	6, 9
— nach Verkehrswegen	10
Bevölkerung (siehe auch Sozialpolitik)	
Berufszugehörigkeit	102
Dichte	102, 119
Erwerbstätigkeit	102, 107
Landflucht	102, 105
Übervölkerung, landwirtschaftliche	102, 119
Wanderbewegung	102, 103
Zahl	102, 105, 119
Zunahme und Industrialisierung	102
Eisenbahnen (siehe auch Südosteuropa)	
Entwicklungsgeschichte der —	2—4, 20—32
Zeittafel zur —	20—32
Gütertarife	10—17, 137
Frachtsätze einiger wichtiger Waren	11, 13, 16, 137
Güterverkehr	5, 6, 9
Binnenverkehr	6
Einnahmen aus dem —	14
zwischenstaatlicher —	6, 9
Gebietserweiterungen, Auswirkungen der	29, 31, 101, 119
Industrie (siehe auch Sozialpolitik)	
Arbeiterschaft	103—107
Mangel an Facharbeitern	103, 105
Industrialisierung, Haupttriebkkräfte der	102
— und Nationalismus	102
— und Bevölkerungszunahme	102
Struktur der —	102
Überfremdung	103
Landwirtschaft (siehe auch Sozialpolitik)	
Ackerlandgewinnung durch Bewässerung, Ent- wässerung und Hochwasserschutz	120, 122, 123
„ verteilung je Einwohner (1850—1941)	119
„ zuwachs durch Gebietserweiterungen (1938/1941)	119
Bewässerungswirtschaft	120, 123
Berieselungseinrichtungen	123
Musterwirtschaften	123

	Seite
noch: Ungarn	
Bodenverbesserungen	120
Entwässerungswirtschaft und Hochwasserschutz	120—122
Getreideanbau, Hektarerträge (1871—1940)	120
Hochwasser- und Dürreschäden	121, 122
Intensivierung der Bodennutzung	119, 120, 123
Reis	
Anbaufläche und Ernteerträge	39, 45
Anbauversuche	44, 124
Verbrauch	38
Übervölkerung	102, 119
Sozialpolitik, Probleme der ungarischen	101—118
Arbeiterschaft, industrielle, wirtschaftliche Lage	
und Gestalt	103—107
Sonderstellung der ausländischen Facharbeiter	103, 105, 106
Arbeiterschutz	108, 114, 116
Arbeitszeit und Urlaub	108, 114
Betriebschutz	115
Freizeitgestaltung	108, 116
Gewerbeaufsicht	108, 115
Kinder-, Jugend- und Frauen(Mutter)schutz	108, 114
Kündigungsschutz	115
Sonntagsruhe	108
Arbeitslosigkeit und Beschäftigung	107
Arbeits- und Betriebsverfassung	112, 113
Arbeitsordnung und Arbeitsvertrag	112
Schieds- und Schlichtungswesen	108, 113
Arbeitsvermittlung	108
Aufbau und Geschichte der Sozialpolitik	107—117
Gewerkschaften und Lohnbildung	106
Grundlagen und Haupttriebkkräfte der gewerblichen Sozialpolitik	101—103
Industrialisierung, Folgen der	103
Landesfonds für Volks- und Familienschutz (ONCSA)	117—118
Lebensstandard der Bevölkerung	104
Löhne	
—, Aufbau und Entwicklung	104, 106
— der Industriearbeiter (1929—1942)	104
Reallöhne in Budapest (1936—1939)	105
Stundenlöhne in Budapest (1936—1939)	104, 105
Lohnunterschiede zwischen Fach- und Hilfsarbeitern und zwischen Stadt und Land	104—106
Stundenlöhne der Fach- und Hilfsarbeiter in Budapest und in der Provinz	105
— der landwirtschaftlichen Arbeiter	105, 106
Lohnbildung und Gewerkschaften	106
„ festsetzungsausschüsse	113
„ niveau gegenüber Mittel- und Westeuropa	104
„ politik	109, 113
Familienlohnkassen	114
Familienlohnzulage	108
Kindererziehungszulage	114
Mindestlöhne	105, 113
Soziales Landesinspektorat	117
Sozialversicherungswesen	103, 107, 108, 109—112, 116—117
Alters-, Invaliden-, Witwen- und Waisenversicherung	103, 107, 108, 109, 111, 112

	Seite
noch: Ungarn	
Arbeitslosenversicherung	107, 112
Krankenversicherung	108, 110
— der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer	108
—, Leistungen	111
Pensionskassen	111
Sozialversicherungsinstitute 109, 110, 111, 115, 116	
Landes-Sozialversicherungsinstitut (OTI)	109, 110, 111, 115, 116
Landwirtschaftliches Landes-Versicherungsinstitut (OMBI)	109
Versicherungsinstitut für Privatangestellte (MABI)	109, 110, 111
Leistungen	110
Unfallversicherung	108, 111
Versicherungszwang	108, 111
Wohlfahrtsgenossenschaften	117
Wohnungsbau, sozialer	116, 117
Wohnungsverhältnisse in Budapest	116

Verkehr

Außenhandel nach Verkehrswegen	9, 10
Binnenschifffahrt, Anteil am Güterverkehr	10
Eisenbahnen siehe unter Eisenbahnen	
Tariipolitik	10—13, 137
Volkseinkommen, pro Kopf der Bevölkerung (1938)	104
Wasserwirtschaft der ungarischen Tiefebene (siehe auch Landwirtschaft)	119—124
Bewässerungssystem	120, 123
Entwässerungssystem	120, 122
Flußregulierungen	121
Geschichtliche Entwicklung der —	120
Hochwasserschutz und Bewässerung als Gegenwartsproblem	122
Kapitalerfordernis	124
Landesamt für Bewässerungswesen	122, 123, 124
Wasserbauten, Kanäle und Stauwerke	121, 122, 123
Wasserschäden	122, 123
Wirtschaftszahlen	34, 59, 98, 126, 149

V

Vergewerblichung, landwirtschaftliche Bevölkerung	
und — im Donauland	46—57

W

Wassersyndikate (Bulgarien)	40
Wasserwirtschaft der ungarischen Tiefebene	119—124
Weltwirtschaft (im Vergleich zu den Südostländern)	
Chromoxyderzeugung (1930—1939)	85
Reis	
Anbaufläche und Erzeugung (1934/35—1938/39)	37
Handelsbewegung	37, 38

Z

Zeittafel zur Entwicklung der Eisenbahnen im Südost- raum (1825—1942)	20—32
--	-------

Schaubilder

	Seite
Anzahl der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren in v. H. der Gesamtbevölkerung im Donauland (nach Gemeindegruppen) . . .	54
Anzahl der Kinder und der Jugendlichen in den einzelnen Kreisen in v. H. der Gesamtbevölkerung im Donauland (nach Gemeindegruppen) (dreiteilig)	56, 57
Anzahl der Kinder unter 14 Jahren in fünf Kreisen in v. H. der Gesamtbevölkerung im Donauland (nach Gemeindegruppen) . . .	55
Anzahl der Kinder unter 14 Jahren je 100 Haushalte im Donauland (nach Gemeindegruppen)	53
Anzahl der Kinder unter 14 Jahren in v. H. der Gesamtbevölkerung im Donauland (nach Gemeindegruppen)	53
Ausfahrpreise für Getreide und Erdölprodukte in Rumänien . . .	135
Bodenschätze der Türkei	80
Eisenbahnen Südosteuropas, die wichtigsten	18
Entwicklung der Lebenshaltungskosten in Rumänien seit August 1939	133
Entwicklung der Steinkohlenpreise in der Türkei	76
Förderung und Preisentwicklung von Blei und Zink in der Türkei	90
Förderung und Preisentwicklung im türkischen Chromerzbergbau	85
Förderung von Meerschäum, Magnesit, Pandermit und Schmirgel in der Türkei	93
Förderung von Quecksilber, Arsen, Antimonerz und Manganerz in der Türkei	92
Inlandpreise für Getreide und Erdölprodukte in Rumänien . . .	134
Preisentwicklung in Rumänien ab 1929	130
Reisanbaugebiete Südosteuropas	41
Steinkohlen- und Braunkohlengewinnung in der Türkei	76

Kartenbeilage

Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im Donauland in der Schleife

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Grundlagen und Wesensmerkmale der Eisenbahnen des Südostraumes . . .	1
Zeittafel zur Entwicklung der Eisenbahnen im Südostraum 1825—1942 .	20
Der Reisanbau in Südosteuropa	37
Landwirtschaftliche Bevölkerung und Vergewerblichung im Donauland .	46
Der türkische Bergbau und seine wirtschaftlichen Probleme	63
Probleme der ungarischen Sozialpolitik	101
Die Wasserwirtschaft der ungarischen Tiefebene	119
Die Preisentwicklung in Rumänien während des Krieges	129
Tabellenanhänge	33, 58, 97, 125, 148
Sachgliederung	155